

Möller, Kay; Will, Gerhard

**Research Report**

## Südostasien 2003: Transformation, Kräftegleichgewicht, Kooperation

SWP-Studie, No. S 8/2004

**Provided in Cooperation with:**

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs,  
Berlin

*Suggested Citation:* Möller, Kay; Will, Gerhard (2004) : Südostasien 2003: Transformation, Kräftegleichgewicht, Kooperation, SWP-Studie, No. S 8/2004, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/252505>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# SWP-Studie

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale  
Politik und Sicherheit

*Kay Möller / Gerhard Will*

## Südostasien 2003

Transformation, Kräftegleichgewicht,  
Kooperation

S 8  
März 2004  
Berlin

**Alle Rechte vorbehalten.**

Abdruck oder vergleichbare  
Verwendung von Arbeiten  
der Stiftung Wissenschaft  
und Politik ist auch in Aus-  
zügen nur mit vorheriger  
schriftlicher Genehmigung  
gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und  
Politik, 2004

**SWP**

Stiftung Wissenschaft und  
Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und  
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

ISSN 1611-6372

# Inhalt

**Karte Südostasien** 4

**Problemstellung und Schlußfolgerungen** 5

**Transformation** 7

Thailand 7

Malaysia 10

Singapur 12

Indonesien 13

Osttimor 16

Brunei 18

Philippinen 18

Birma 21

Kambodscha 23

Laos 25

Vietnam 27

**Kräftegleichgewicht** 30

Rüstungswettbewerb und  
nichtmilitärische Risiken 30

Die USA: verstärktes Engagement 30

Australien, Rußland, Indien, Europäische Union 31

**Kooperation** 34

Asean 34

Asean+3 35

**Der lange Scheideweg** 38

**Abkürzungen** 38

# Karte Südostasien



Quelle: Kartensammlung der University of Texas im Internet:  
 <[http://www.lib.utexas.edu/maps/middle\\_east\\_and\\_asia/southeast\\_asia\\_pol\\_2003.jpg](http://www.lib.utexas.edu/maps/middle_east_and_asia/southeast_asia_pol_2003.jpg)>.

### Südostasien 2003.

#### Transformation, Kräftegleichgewicht, Kooperation

In Südostasien berühren sich die strategischen Interessen der USA, Japans, Australiens und Chinas. Wichtige Schifffahrtswege vom Golf in die nordostasiatische Wachstumsregion durchqueren das Nadelöhr der Malakka-Straße und den indonesischen Archipel. Diese Verbindungen sind akut durch Piraterie und latent durch Terrorismus und zwischenstaatliche Konflikte bedroht. Eine Eskalation hätte schwerwiegende Folgen für die europäischen Handelsmächte.

Südostasien hat die Finanz- und Wirtschaftskrise von 1997/98 überwunden, konnte jedoch nicht zu den Wachstumsraten der frühen neunziger Jahre aufschließen. Ausländische Investoren orientieren sich zunehmend nach China, und erst in jüngster Zeit verheißt die Erholung der amerikanischen Wirtschaft ein erneutes Anziehen regionaler Exporte. Hinzu kommt in einigen Staaten Südostasiens eine anhaltend schwache Binnennachfrage. Die regionalen Antworten auf dieses Dilemma reichen von einer verstärkten Binnenorientierung einzelner Volkswirtschaften bis zu dem Versuch, mit Hilfe eines multilateralen Arrangements am Chinaboom zu partizipieren. Wenn die politische Zukunft der Gemeinschaft Südostasiatischer Staaten (Association of Southeast Asian States, Asean) ungewiß erscheint, dann wegen nicht abgeschlossener *nation building*-Prozesse und divergierender nationaler Interessen, die einen Ausdruck sowohl in schwachen gemeinsamen Institutionen als auch in unterschiedlichen Antworten auf die erwähnten Probleme finden. Dabei scheitern weiterreichende ostasiatische Kooperationsprojekte nach wie vor an politischen Unvereinbarkeiten, insbesondere zwischen den divergierenden Interessen der potentiellen Führungsmächte China und Japan.

Gleichzeitig ist das regionale Umfeld von einem dramatischen Wandel betroffen, auf den die Asean aufgrund ihrer institutionellen Defizite nur unzulänglich reagieren kann. Dazu gehören vor allem Chinas wirtschaftlicher Aufstieg und die Inanspruchnahme der USA durch den internationalen Terrorismus. Letztere hat Südostasien eine neue Aufmerksamkeit in Washington beschert, die allerdings sicherheitspolitisch ausgerichtet ist, eher Bilateralismen als das Regionalismusprojekt fördert und in islamischen und multiethnischen Gesellschaften schwer zu vermitteln

ist. China hat regional vor allem deshalb an Gewicht gewonnen, weil es anders als die USA eine umfassende Kooperation anbietet und sich grundsätzlich nicht in »innere Angelegenheiten« einmischt. Ungeachtet dessen bleibt die zukünftige Rolle der Volksrepublik mit zahlreichen Unwägbarkeiten behaftet, und Südostasien wird Pax Americana nicht einfach gegen Pax Sinica eintauschen.

Grundsätzlich hängt der Fortbestand der Asean als relevanter Akteur davon ab, wie schnell und umfassend die Gemeinschaft ihr politisches Nichteinmischungsgebot nach innen aufgibt. Während die Einsicht an Boden gewinnt, daß nur eine beschleunigte Integration den unvermeidlichen nationalen Souveränitätsverlust auffangen kann, sprechen das Überleben von Rentier-Eliten und neue Populismen gegen eine zügige Umsetzung dieser Erkenntnis.

Damit sich Deutschland und Europa – über Handel und sektorale Entwicklungshilfen hinaus – in Südostasien engagieren können, müßten dort national oder regional ordnungspolitisch akzeptable und sicherheitspolitisch relevante Partner zur Verfügung stehen. Das ist unter den genannten Bedingungen kaum der Fall, und auch jüngste regionalistische Initiativen sind dafür noch kein Beleg. Die Regionalstaaten schaffen mehr Probleme als sie lösen, solange sie das Prinzip friedlicher Konfliktlösung nicht nach innen und außen institutionell verankern – das heißt durch Demokratisierung Partizipation ermöglichen und regionalistische Projekte voranbringen. Mit anderen Worten: Man kann nicht aktiv für die Stärkung der Souveränität Indonesiens oder Birmas eintreten, solange diese Staaten Menschenrechte massiv verletzen (und damit nichtmilitärische Risiken eher befördern als bekämpfen). Bis es soweit ist, bleiben konkrete Empfehlungen darauf beschränkt, die bilaterale und interregionale Zusammenarbeit möglichst auch mit demokratiefördernden Maßnahmen als Bedingung zu verknüpfen.

# Transformation

Südostasien hat die wirtschaftliche Krise von 1997/98 überwunden, ohne allerdings 7- bis 8prozentige Wachstumsraten zu erzielen wie in den frühen neunziger Jahren. Verantwortlich für dieses reduzierte Wachstum waren die Stagnation der amerikanischen Wirtschaft, die anhaltend schwache Binnennachfrage in einigen Regionalstaaten und der Rückgang neuer ausländischer Direktinvestitionen zugunsten der Volksrepublik China. Darüber hinaus wurde die Region Anfang 2003 in unterschiedlichem Ausmaß von der britisch-amerikanischen Intervention im Irak und von der Verbreitung des Schwere Akuten Syndroms der Atemwege (Severe Acute Respiratory Syndrome, SARS) betroffen. Angesichts solcher Probleme haben mehrere Regionalstaaten die exportinduzierten Wachstumsstrategien der achtziger und neunziger Jahre modifiziert und Programme zur Stärkung der Binnenwirtschaft aufgelegt.

Ende 2003 scheint es, als sei die US-Wirtschaft auf dem Weg der Erholung. Dieser Aufschwung bleibt jedoch fragil: Eine Kombination aus wachsendem amerikanischen Leistungsbilanzdefizit, wachsendem amerikanischem Haushaltsdefizit und einer Abwertung des Yen könnte einen neuen ostasiatischen Abwertungswettlauf einläuten.

## Thailand

<b>Hauptstadt</b>	Bangkok
<b>Einwohner</b>	63,4 Millionen
<b>Ethnische Zusammensetzung</b>	Thai 75%, Chinesen 14%, Malaien 5%, andere Ethnien 6%
<b>BIP 2002</b>	126,4 Mrd. US-Dollar
<b>BIP pro Kopf 2002</b>	1994 US-Dollar
<b>Wachstum 2001–2002</b>	5,3%
<b>Verteidigungsbudget 2002</b>	2 Mrd. US-Dollar
<b>Truppenstärke</b>	314 222 (Heer 190 000, Marine 79 200, Luftwaffe 45 000)
<b>Politisches System</b>	parlamentarische Demokratie
<b>Staatsoberhaupt</b>	König Rama IX. (seit 1946)
<b>Regierungschef</b>	Thaksin Shinawatra (seit 2001)

Nach seinem überwältigenden Wahlsieg im Januar 2001 hatten zahlreiche Beobachter dem neuen Ministerpräsidenten Thaksin Shinawatra ein frühes Scheitern seiner Politik vorhergesagt.<sup>1</sup> Doch in den ersten drei Jahren seiner Amtszeit hat Thaksin seine Kritiker eines Besseren belehrt. Mit großer Energie und Geschick, aber auch mit Skrupellosigkeit hat er sich eine Machtposition erobert, die vor ihm kein parlamentarisch legitimer Ministerpräsident Thailands innehatte.<sup>2</sup>

Obgleich seine Koalitionsregierung in dem 500 Mitglieder umfassenden Parlament über 364 Sitze verfügt, hat sie bislang nicht den Versuch unternommen, die 1997 erlassene Verfassung abzuändern. Aber Thailands neuer Regierungschef hat auch keinen Zweifel daran gelassen, daß er die Macht all jener Institutionen einschränken will, die nach dem Willen dieser Verfassung die Arbeit der Exekutive auf ihre Verfassungsmäßigkeit überprüfen und Amtsmißbrauch verhindern sollen.<sup>3</sup> Ebenso setzte er alles daran, seine

<sup>1</sup> Vgl. z.B. Darryl S. L. *Jarvis*, Problems and Prospects in Thaksin's Thailand, in: Asian Survey, 42 (März/April 2002) 2, S. 297–319.

<sup>2</sup> Keine der vorangegangenen parlamentarischen Regierungen hatte es vermocht, sich eine volle Legislaturperiode im Amt zu halten.

<sup>3</sup> Dazu zählen das Verfassungsgericht, die Nationale Wahlkommission, Menschenrechtskommission, Anti-Korruptions-



Kontrolle über die Massenmedien weiter auszubauen. Regierungskritische Journalisten, die in seinem riesigen Medienkonzern arbeiteten, wurden entlassen. Journalisten, die bei unabhängigen Zeitungen wie zum Beispiel der *Nation* angestellt sind, sahen sich zahllosen Verleumdungsklagen der Regierung ausgesetzt, und ihre Chefredakteure mußten sich gegen Anschuldigungen der »Behörde gegen Geldwäsche« rechtfertigen.<sup>4</sup> Es spricht aber auch für die gewachsene Stärke des relativ jungen Verfassungsstaates bzw. für die Unabhängigkeit der thailändischen Justiz, daß solche Bestrebungen nicht immer erfolgreich waren und daß entlassene Journalisten aufgrund von Gerichtsurteilen wieder eingestellt werden mußten.<sup>5</sup>

Für die unmittelbare Herrschaftskonsolidierung waren diese öffentlich ausgetragenen Auseinandersetzungen allerdings nur von zweitrangiger Bedeutung. Wichtiger waren personelle Neubesetzungen in Regierungsapparat und militärischer Führung. Unter der Parole »Reform der bürokratischen Strukturen« kam es im Oktober 2002 zu einer Neugestaltung des Kabinetts, die jedoch nicht zu einer Verschlankung, sondern zu seiner Vergrößerung führte. Sechs Ministerien und zahlreiche Abteilungen wurden neu geschaffen und mit Anhängern Thaksins besetzt.<sup>6</sup> Auch in der Militärführung, die Thaksin als ehemaligem General der Polizei reserviert gegenübergestanden hatte, wurden spektakuläre Umbesetzungen vorgenommen. Der bisherige Verteidigungsminister wie auch der Oberkommandierende der Streitkräfte erhielten repräsentative Positionen ohne Machtfülle, während enge Verwandte oder Vertraute Thaksins in wichtige Kommandopositionen vorrückten.<sup>7</sup>

Neben diesen konventionellen Methoden der Machtsicherung setzt der Premier verstärkt auf Kampagnen, in deren Verlauf rechtsstaatliche Prinzipien und Verfahrensweisen mißachtet werden. Wichtig ist allein, jeweils ein populäres und mit großem Propagandaaufwand herausgestelltes Ziel zu erreichen. So

behörde, die Verwaltungsgerichte und der Petitionsbeauftragte.

<sup>4</sup> Alex M. *Mutebi*, Thailand in 2002. Political Consolidation amid Economic Uncertainties, in: *Asian Survey*, 43 (Januar/Februar 2003) 1, S. 101–112 (105).

<sup>5</sup> Andreas *Ufen*, Thailand, in: *Ostasiatischer Verein* (Hg.), Wirtschaftshandbuch Asien-Pazifik 2003/2004, Hamburg 2003, S. 524–545 (536).

<sup>6</sup> Vgl. im einzelnen *Far Eastern Economic Review* (FEER), 17.10.2003, S. 20f.

<sup>7</sup> Vgl. *Mutebi*, Thailand in 2002 [wie Fn. 4], S. 108f, sowie FEER, 10.10.2002, S. 22f, und *Asian Defence Journal*, (2002) 11, S. 15.

wurde Anfang 2003 ein »Krieg gegen Drogen« eröffnet, der die Polizei ermächtigte, anhand vorher zusammengestellter Listen gegen Drogenhändler vorzugehen und jeglichen Widerstand mit Waffengewalt zu brechen. Zehn Wochen später stellte die Polizei in einer ersten Bilanz fest, daß fast 50 000 Personen verhaftet, 23 Mio. US-Dollar Drogengelder sichergestellt und mehr als 2270 Drogenhändler getötet worden waren; 51 seien von der Polizei aus Notwehr, alle übrigen von anderen Bandenmitgliedern erschossen worden, um sie zum Schweigen zu bringen.<sup>8</sup> Da diese Kampagne trotz oder gerade wegen des rigorosen Vorgehens bei der thailändischen Bevölkerung breite Unterstützung gefunden hatte, wurde sie im Mai auf all jene »dunklen Kräfte« ausgedehnt, die mafiaartig organisiert Schutzgeld-Erpressung, Prostitution oder andere kriminelle Machenschaften betreiben.<sup>9</sup> Unter die »dunklen Kräfte« wurden auch eine Reihe politischer Aktivisten subsumiert, die die Regierungspolitik kritisiert hatten.<sup>10</sup>

Hatte Thaksin lange Zeit geaugnet, daß der von Al-Qaida organisierte Terrorismus in Thailand Fuß gefaßt habe, vollzog er im Sommer 2003 eine Kehrtwendung. Im »Krieg gegen den Terror« wurden am 10. Juni im muslimisch geprägten Süden des Landes drei Personen unter dem Vorwurf verhaftet, Mitglieder des regionalen Terrornetzwerkes Jemaah Islamiyah zu sein. Wenige Wochen später wurden zwei »Anti-Terrorismus-Verordnungen« erlassen, die die Zugriffsrechte des Staates erheblich erweiterten. Die am darauffolgenden Tag durchgeführte Verhaftung von Riduan Isamuddin konnte als Rechtfertigung für diese neuen Verordnungen herangezogen werden; er war unter dem Namen Hambali seit geraumer Zeit als einer der mutmaßlichen Drahtzieher des Bombenattentats in Bali gesucht worden. Kritiker wiesen jedoch darauf hin, daß die Verhaftung Hambalis auch im Rahmen der bestehenden Gesetze möglich gewesen wäre und daß die in den Verordnungen enthaltene Terrorismus-Definition so dehnbar sei, daß damit auch andere, politisch mißliebige Personen ihrer Freiheitsrechte beraubt werden können.<sup>11</sup>

Folgt man Meinungsumfragen, so werden derartige Bedenken nur von einer kleinen Minderheit der thailändischen Bevölkerung geteilt, während die Zahl der Thaksin-Anhänger weiter zunimmt.<sup>12</sup> Dies liegt vor

<sup>8</sup> Vgl. FEER, 8.5.2003, S. 22.

<sup>9</sup> Vgl. *The Financial Times*, 21.5.2003, S. 8.

<sup>10</sup> Vgl. FEER, 3.7.2003, S. 19.

<sup>11</sup> Vgl. *The Financial Times*, 19.8.2003, S. 10.

<sup>12</sup> Vgl. *The Economist*, 19.4.2003, S. 47.

allem an dem beeindruckenden wirtschaftlichen Aufschwung, den das Land zu verzeichnen hat. Trotz der von der SARS-Epidemie hervorgerufenen Einbrüche im Tourismussektor ist die Wirtschaft im ersten Halbjahr 2003 um über 6 Prozent gewachsen.<sup>13</sup> Eine großzügige Kreditvergabe belebte die Nachfrage nach Immobilien, Autos und anderen hochwertigen Konsumgütern, die in der Asienkrise praktisch zusammengebrochen war.<sup>14</sup> Eine rasante Zunahme der Exporte um mehr als 12 Prozent verstärkte 2003 die binnengestützte Nachfrage.<sup>15</sup> Von dem wirtschaftlichen Aufstieg haben auch die Staatsfinanzen profitiert. Dank höherer Steuereinnahmen konnte das Budgetdefizit auf unter 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gesenkt und der vom Internationalen Währungsfonds (IWF) 1997/98 gewährte Kredit vorzeitig zurückgezahlt werden.<sup>16</sup> Internationale Rating-Agenturen haben diese Erfolge inzwischen gewürdigt und Thailand um eine Stufe besser bewertet.<sup>17</sup>

Sehr viel kritischer schätzt dagegen die Weltbank die vielgepriesenen »Thaksinomics« ein.<sup>18</sup> Die staatlichen Banken hätten zu Lasten der Privatbanken eine »Kreditbonanza« entfacht, die viele private Haushalte und kleine Unternehmen in eine Schuldenfalle locke, während die öffentliche Verschuldung bereits über 60 Prozent des BIP erreicht hätte. Schwerer als diese zum Teil sehr widersprüchlichen Angaben über den Schuldenstand wiegt die Tatsache, daß man bei der Umstrukturierung des Finanz- und Bankensektors und dessen stärkerer Transparenz noch keine allzu großen Fortschritte gemacht hat. Die tatsächliche Höhe der öffentlichen Verschuldung ist auch deshalb schwer zu ermitteln, weil viele Kredite der öffentlichen Hand über staatliche und halbstaatliche Banken vergeben werden und daher im staatlichen Haushalt nicht auftauchen.<sup>19</sup> Da die Einstufung von Krediten an private Firmen als notleidend in Thailand äußerst großzügig gehandhabt wird, schätzen internationale Finanzorganisationen deren Ausmaß als doppelt so hoch ein wie die Bank of Thailand.<sup>20</sup> Ausländische und thai-

ländische Experten sind sich jedoch einig, daß für ein anhaltendes Wirtschaftswachstum die derzeitige Investitionsquote von 16 Prozent des BIP faktisch verdoppelt werden müßte.<sup>21</sup> Neben der Erhöhung der inländischen Investitionsquote wäre hierfür ein stärkerer Zufluß ausländischer Direktinvestitionen notwendig, die derzeit mit 485 Mio. US-Dollar einen historischen Tiefstand erreicht haben.<sup>22</sup>

Thaksins frühe Popularität beruhte zu einem nicht geringen Teil auf seiner antiwestlichen Rhetorik, die er jedoch im Verlauf seiner Amtszeit immer stärker zurücknahm, wenn es um konkrete außenpolitische Fragen ging. Am deutlichsten wurde dies in seiner Politik gegenüber den USA. Hatte Bangkok dem amerikanischen Feldzug gegen den Terror zunächst eher kritisch gegenübergestanden, schloß es sich nach einem Besuch Thaksins in Washington und der Verhaftung Hambalis uneingeschränkt der amerikanischen Position an. Thailändische Pionier- und Sanitätssoldaten wurden in den Irak entsandt,<sup>23</sup> die sicherheitspolitische Kooperation mit den USA auf allen Ebenen verstärkt.<sup>24</sup> Wenige Wochen nach seinem USA-Besuch reiste Thaksin nach Frankreich, wo er zum ersten Mal einem europäischen Journalisten ein Interview gewährte und sich nachdrücklich für einen weiteren Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen mit Frankreich und der EU aussprach.<sup>25</sup>

Obwohl Taiwan für Thailand ein wesentlich bedeutenderer Wirtschaftspartner ist als die VR China, hat die thailändische Regierung bisher alle politischen Forderungen Pekings erfüllt und alles unterlassen, was in den Augen Pekings als politische Aufwertung Taiwans aufgefaßt werden könnte.<sup>26</sup> Durch ein im Juni 2003 unterzeichnetes Freihandelsabkommen erhofft man sich eine rapide Ausweitung der Handelsbeziehungen, doch bislang basieren die bilateralen Beziehungen stärker auf politischen als auf wirtschaftlichen Kalkülen. Denn Thaksin weiß sehr genau, daß gute Beziehungen zur chinesischen Führung eine unabdingbare Voraussetzung sind, um sich stärker international profilieren und seine Fähigkeiten als weltoffener Gastgeber internationaler Konferenzen wie zum Beispiel des Gipfeltreffens der Asiatisch-Pazi-

13 2002 war sie bereits um 5,3 Prozent gewachsen. Vgl. Neue Zürcher Zeitung (NZZ), 16.9.2003, S. 17, und Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 14.10.2003, S. 14.

14 Vgl. FEER, 19.9.2003, S. 46–47, und NZZ, 17.10.2003, S. 13.

15 Vgl. Asian Wall Street Journal, 16.9.2003, S. A4.

16 Vgl. NZZ, 16.9.2003, S. 17, und International Herald Tribune, 25.10.2003, S. 15.

17 Vgl. FEER, 21.11.2002, S. 58, und FAZ, 14.10.2003, S. 14.

18 Vgl. FAZ, 14.10.2003, S. 14.

19 Vgl. The Economist, 6.9.2003, S. 51f.

20 Vgl. FEER, 18.9.2003, S. 24.

21 Vgl. FAZ, 14.10.2003, S. 14.

22 Vgl. *Ufen*, Thailand [wie Fn. 5], S. 532.

23 Bislang wurden 422 thailändische Soldaten in den Irak entsandt; vgl. The Nation (Bangkok), 7.9.2003.

24 Vgl. The Wall Street Journal, 1.10.2003, S. 1 und S. 10.

25 Text des Interviews in: *Politique internationale*, (Sommer 2003) 100, S. 355–366.

26 Vgl. Asian Wall Street Journal, 2.9.2002, S. A9.

fischen Wirtschaftlichen Zusammenarbeit (Asia-Pacific Economic Cooperation, Apec) im Oktober 2003 unter Beweis stellen zu können.

Auf regionaler Ebene bemühte sich seine Regierung, die Chancen zu nutzen, die sich innerhalb der Gemeinschaft südostasiatischer Staaten (Association of Southeast Asian Nations, Asean<sup>27</sup>) nach dem Ausfall Indonesiens als »interner Förderator« bieten. Zusammen mit Singapur gehört Thailand zu den entschiedensten Befürwortern einer intensiveren ökonomischen Integration.<sup>28</sup> In die jüngsten politischen Auseinandersetzungen in und um Birma (siehe unten, S. 21ff) hat sich das Königreich mit der Vorlage einer eigenen »road map« eingeschaltet, die bisher aber wenig Resonanz fand.<sup>29</sup> Die von Bangkok propagierte »Strategie der wirtschaftlichen Zusammenarbeit« zwischen Thailand, Birma, Laos und Kambodscha haben die Ministerpräsidenten dieser vier Länder zwar grundsätzlich befürwortet, es fehlt aber eine konkrete Ausformulierung, die noch erhebliche Probleme aufwerfen wird. Denn nach wie vor ist das Verhältnis Thailands zu seinen Nachbarländern durch eine starke Ambivalenz geprägt. Gegenseitigen Freundschaftsbeteuerungen folgen regelmäßig heftige verbale Attacken, ja sogar die Androhung militärischer Gewalt, die wiederum von erneuten Freundschaftsbeteuerungen abgelöst wird.<sup>30</sup> Stärkeres außenpolitisches Gewicht wird Thailand aber nur dann erlangen können, wenn seine Politik sich durch größere Stetigkeit und Berechenbarkeit auszeichnet, als dies derzeit der Fall ist.

27 Mitglieder: Thailand, Malaysia, Singapur, Brunei, Indonesien, Philippinen, Birma, Kambodscha, Laos, Vietnam.

28 Vgl. FEER, 23.10.2003, S. 16–18.

29 Vgl. Südostasien aktuell, September 2003, S. 429f.

30 So wurde Birma am 21. August 2003 mit dem Einmarsch thailändischer Verbände in birmanisches Territorium gedroht, falls die dortige Regierung sich weiterhin außerstande sehe, den Drogenschmuggel nach Thailand zu unterbinden. Vgl. Asian Wall Street Journal, 21.8.2003, S. A4. Als es Ende Januar in Phnom Penh zu antithailändischen Ausschreitungen kam, ordnete Thaksin ebenfalls die Entsendung von Truppen nach Kambodscha an. Erst in letzter Sekunde wurde der Einsatzbefehl zurückgezogen.

## Malaysia

<b>Hauptstadt</b>	Kuala Lumpur (Regierungssitz: Putrajaya)
<b>Einwohner</b>	23,8 Millionen
<b>Ethnische Zusammensetzung</b>	Malaien und andere »Einheimische« 58%, Chinesen 24%, Inder 8%, andere 10%
<b>BIP 2002</b>	93,36 Mrd. US-Dollar
<b>BIP pro Kopf 2002</b>	3806 US-Dollar
<b>Wachstum 2001–2002</b>	4,1%
<b>Verteidigungsbudget 2003</b>	2,03 Mrd. US-Dollar
<b>Truppenstärke (aktiv)</b>	100 000
<b>Politisches System</b>	parlamentarische (korporatistische) Demokratie
<b>Staatsoberhaupt</b>	König Syed Sirajuddin (seit 2002, auf 5 Jahre gewählt)
<b>Regierungschef</b>	Abdullah Ahmad Badawi (seit 2003)

Das politische Leben Malaysias zeigte Lähmungserscheinungen, nachdem Premierminister Mahathir Mohamad im Juni 2002 nach damals 22 Jahren als Regierungschef seinen Rückzug für den Oktober 2003 angekündigt hatte.<sup>31</sup> Sein Nachfolger Abdullah Ahmad Badawi, bis dahin Außenminister, verfügt weder über Mahathirs Charisma noch über seine politischen Netzwerke. Er gilt allerdings als nicht korrupt und genießt insofern öffentliches Ansehen. Stellvertreter wurde der von Mahathir favorisierte frühere Verteidigungsminister Najib Razak. Mahathir selbst dementierte ihm unterstellte Absichten, die malaysische Politik künftig hinter den Kulissen beeinflussen zu wollen.<sup>32</sup>

Bis Ende 2004 muß das Parlament in Kuala Lumpur neu gewählt werden. Angesichts der anhaltenden Schwäche der Opposition könnte es aber schon vorher zu Wahlen kommen. Formal besteht weiterhin ein oppositionelles Bündnis unter nominellem Vorsitz des 1998 verhafteten ehemaligen Vizepremiers Anwar Ibrahim. Tatsächlich wurde die stärkste Komponente dieses Bündnisses, die Islamische Partei Malaysias (Parti Islam se-Malaysia, Pas) wegen unterstellter Verbindungen zum internationalen Terrorismus nach dem 11. September 2001 geschwächt. 2002 starb der gemäßigte Pas-Vorsitzende Fadzil Noor. Sein Nachfolger Abdul Hadi Awang gilt als Fundamentalist. War die Partei zunächst noch bemüht, ihr Programm im Vorfeld der Wahlen auch für liberale Wählerschichten

31 Vgl. FEER, 4.7.2002, S. 12–15.

32 Ebd., 3.7.2002, S. 12–16.

attraktiver zu machen,<sup>33</sup> entfremdete sich Abdul diese Gruppen Ende 2003 mit der Forderung nach landesweiter Einführung der *shariah*, des islamischen Rechts, für Malaysias Moslems.<sup>34</sup> 2004 wird es etwa 1,5 Millionen Neuwähler geben, 60 Prozent davon sind Malaien.

Die regierende Nationale Front (Barisan Nasional, BN), innerhalb derer die United Malay National Organisation (UMNO) die Politik des Landes seit Jahrzehnten dominiert,<sup>35</sup> wendet sich (mit ein paar zivilrechtlichen Ausnahmen) gegen die Einführung der *shariah*, wie sie von der Pas 2002 im Bundesstaat Terengganu und bereits 1993 in Kelantan durchgesetzt wurde.<sup>36</sup> Die Pas hatte 1999 erfolgreich um die Verlierer der ostasiatischen Krise geworben, die sich von der urban-säkularen UMNO abgewandt hatten. Seither trugen Mahathirs Versuche Früchte, die Partei in die Nähe des Terrorismus zu rücken (vor diesem Hintergrund wurden 2001 und 2002 unter anderem auch Oppositionspolitiker ohne Gerichtsverfahren inhaftiert).

Themen wie Religion oder ethnische Zugehörigkeit gelten in Malaysia als sensitiv, und Bemühungen des ausgeschiedenen Premiers um eine Säkularisierung nationaler Institutionen sind nicht unwidersprochen geblieben. Als Kuala Lumpur im Februar 2003 die Förderung islamischer Privatschulen einstellte, kam es in den von der Pas kontrollierten Staaten Kelantan und Terengganu sowie in Mahathirs eigenem Heimatstaat Kedah zu Protestkundgebungen. Das schreckte die Regierung allerdings nicht von Überlegungen ab, jeglichem Islamunterricht die Grundlagen zu entziehen. Darüber hinaus wurde im Februar 2004 eine partielle, dreimonatige Wehrpflicht eingeführt, in deren Rahmen junge Männer und Frauen aus allen Volksgruppen unter anderem in »nationalen Zielsetzungen« geschult werden sollen.<sup>37</sup>

33 Ebd., 28.8.2003, S. 11.

34 Vgl. FEER, 27.11.2003, S. 24–25.

35 Die Nationale Front ist eine Art Dauerkoalition aus Parteien mit ethnischer Ausrichtung, dominiert von der UMNO als Vertreterin der Malaien. Zu den übrigen BN-Mitglieder zählen der Malaysian Indian Congress (MIC) und zwei mehrheitlich chinesische Organisationen, Gerakan und die Malaysian Chinese Association (MCA). Mitte 2003 griff Mahathir in einen MCA-Führungstreit ein und warf damit Fragen nach der Unabhängigkeit der kleineren Parteien innerhalb der Nationalen Front auf.

36 In Kelantan wird das islamische Recht allerdings bisher nicht angewandt.

37 Vgl. FEER, 26.12.2002–2.1.2003, S. 12–16, und Défense-aérospatiale, 13.6.2003, zit. in: World Intelligence Brief, 13.6.2003.

Mahathir versuchte mit diesen Vorstößen nicht zuletzt, seinem designierten Nachfolger Steine aus dem Weg zu räumen. Abdullahs Führungsqualitäten werden von Beobachtern gelegentlich angezweifelt, und sein Standpunkt zu vielen zentralen Themen bleibt vage. Andererseits hat er einen Abschluß in Islamstudien und könnte weitere Teile der 1999 an die Pas verlorenen Wählerschaft zurückgewinnen. Gleichzeitig ist die Fähigkeit Anwars, aus dem Gefängnis heraus Massen zu mobilisieren, nach fünf Jahren Haft deutlich geschwunden.

Die nach dem 11. September 2001 spürbar verbesserten Beziehungen zu den USA haben seither wieder Rückschläge erfahren. So reagierte die Regierung in Kuala Lumpur 2002 irritiert, nachdem Malaysia von Washington auf eine Liste »terrorismusgefährdeter« Staaten gesetzt worden war und ein hoher amerikanischer Beamter über mögliche Antiterror-Operationen in Südostasien spekuliert hatte.<sup>38</sup> Im März 2003 kritisierte Mahathir den amerikanischen Einmarsch im Irak (siehe unten, S. 31). Noch kurz vor seinem Ausscheiden initiierte er eine Polemik gegen ein »internationales Judentum«, das die Welt mit Hilfe der größten Staaten beherrsche.<sup>39</sup> Daraufhin stimmte der Senat in Washington gegen die vorgesehene Bewilligung von Militärhilfen in Höhe von 1,2 Millionen US-Dollar.

Malaysia hatte bis 1997 trotz einer betont antiwestlichen Rhetorik des Regierungschefs zahlreiche ausländische Investoren angezogen. Die Toleranz gegenüber solchen Äußerungen scheint mittlerweile insbesondere in den USA abzunehmen.<sup>40</sup> Um diesem Trend gegenzusteuern, führte Mahathir, der seit Juni 2001 auch Finanzminister war,<sup>41</sup> während seiner letzten Monate im Amt die Bemühungen um eine Reform des Unternehmenssektors und generelle Marktöffnung fort. Vor diesem Hintergrund könnte längerfristig auch die New Economic Policy (NEP) von 1970 zur Disposition stehen, die im Inland registrierte Aktiengesellschaften verpflichtet, mindestens 30 Prozent ihrer Anteile an ethnische Malaien auszu-

38 Vgl. FEER, 21.11.2002, S. 14.

39 Vgl. Sydney Morning Herald, 17.10.2003, zit. in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 16.10.2003.

40 Vgl. FEER, 3.7.2003, S. 12–16.

41 Im November 2002 ernannte Mahathir mit Jamaludin Mohamed Jarjis einen zweiten Finanzminister. Beobachter sahen darin den Versuch, auch nach seinem Ausscheiden aus dem Amt des Regierungschefs die Wirtschaftspolitik Malaysias beeinflussen zu können. Ebd., 28.11.2002, S. 11.

geben.<sup>42</sup> Trotz solcher Signale und trotz des stufenweisen Wegfalls der 1998 verhängten Kapitalverkehrskontrollen ab 1999 hielten sich in- und ausländische Investoren angesichts der neuen politischen Ungewissheiten zurück.<sup>43</sup> Abdullah hat kaum wirtschaftspolitische Erfahrung und ist auf qualifizierte Berater angewiesen. Er hat angekündigt, einen Schwerpunkt seiner künftigen Entwicklungsstrategie auf die von Mahathir vernachlässigten traditionellen Sektoren Landwirtschaft und Bergbau zu legen.<sup>44</sup> Kurz nach seinem Amtsantritt strich er ein geplantes Eisenbahnprojekt und verfügte die Überprüfung weiterer Infrastrukturvorhaben.<sup>45</sup>

Malysias Wirtschaft hat sich vom Einbruch der Ostasienkrise erholt und erzielt heute wieder Wachstumsraten von über 3 Prozent. Mit diesem Zuwachs ist allerdings Mahathirs Vision von einem entwickelten Industrieland im Jahr 2020 nicht zu verwirklichen. Der Versuch, rückläufige ausländische Direktinvestitionen durch höhere Staatsausgaben auszugleichen, hat seit 1999 zu einem wachsenden Haushaltsdefizit geführt,<sup>46</sup> das die Volkswirtschaft potentiell durch externe Entwicklungen verwundbar macht. Mit der Abwanderung der Elektronikindustrie in Niedrigstlohnländer wie China zeichnet sich eine neue Exportschwäche ab.<sup>47</sup>

42 Vgl. FEER, 21.8.2003, S. 44.

43 Ebd., 3.7.2002, S. 12–16.

44 Ebd., 6.11.2003, S. 14–16.

45 Ebd., 25.12.2003–1.1.2004, S. 12–14.

46 Malaysias aktuelles Haushaltsdefizit beläuft sich auf ca. 5,6% des BIP. Ebd., 21.8.2003, S. 45.

47 Ebd., 20.11.2003, S. 51.

## Singapur

<b>Hauptstadt</b>	Singapur
<b>Einwohner</b>	4,1 Millionen
<b>Ethnische Zusammensetzung</b>	Chinesen 76,6%, Malaien 14%, Inder 7,9%, andere 1,4%
<b>BIP 2002</b>	86,97 Mrd. US-Dollar
<b>BIP pro Kopf 2002</b>	20 887 US-Dollar
<b>Wachstum 2001–2002</b>	2,2%
<b>Verteidigungsbudget 2003</b>	4,74 Mrd. US-Dollar
<b>Truppenstärke (aktiv)</b>	60 500
<b>Politisches System</b>	parlamentarische (autoritäre) Demokratie
<b>Staatsoberhaupt</b>	Sellapan Ramanathan (seit 1999)
<b>Regierungschef</b>	Goh Chok Tong (seit 1990)

Singapur ist als exportabhängiger Stadtstaat durch externe Entwicklungen extrem verletzlich. Beeinträchtigend wirkt sowohl die globale Konjunkturflaute und die anhaltende Schwäche Indonesiens als auch die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus. So wurde im Juli 2002 in Manila ein Mann festgenommen, der verdächtigt wurde, Anschläge auf amerikanische, britische, australische und israelische Einrichtungen in Singapur geplant zu haben. Der Filipino gab zu, das regionale Terror-Netzwerk Jemaah Islamiya (JI) mit Sprengstoff versorgt zu haben.<sup>48</sup> Im August wurden im Stadtstaat 21 Personen verhaftet, von denen angeblich 19 JI-Mitglieder waren.<sup>49</sup>

Im ersten Halbjahr 2003 trieb die kombinierte Wirkung aus globalen Entwicklungen, SARS und Irakkrieg die singapurische Wirtschaft in die schwerste Rezession seit Jahren. Im Jahresdurchschnitt ist allenfalls noch geringes Wachstum realistisch. Die Regierung reagierte mit einer geringfügigen Abwertung des Singapur-Dollars und hoffte ansonsten auf eine Verbesserung der Rahmenbedingungen. Vor dem Hintergrund staatlicher Sparmaßnahmen<sup>50</sup> und des Schrumpfungsprozesses der Elektronikindustrie dürfte die Arbeitslosigkeit von 4,5 Prozent (im Jahr 2002) auf über 5 Prozent steigen.<sup>51</sup> Eine Kombination aus steigender Arbeitslosigkeit und rückläufigen Immobilienpreisen könnte den deflationären Druck erhöhen. Im August senkte die Regierung den Arbeit-

48 Ebd., 18.7.2002, S. 12.

49 Ebd., 3.10.2002, S. 16–20.

50 Singapurs Staatshaushalt ist seit 2001 defizitär. Im laufenden Jahr rechnet die Regierung mit einem Haushaltsdefizit von 690 Millionen US-Dollar. Ebd., 13.3.2003, S. 19.

51 Ebd., 24.7.2003, S. 46.

geberbeitrag zur staatlichen Rentenkasse von 16 auf 13 Prozent ab.

Singapur war aufgrund seiner vielfachen Kontakte nach China im Frühjahr 2003 von der Lungenkrankheit SARS besonders betroffen. 33 Personen kamen ums Leben, Fremdenverkehr und Einzelhandel verzeichneten dramatische Umsatzverluste. Die Regierung verfügte strenge Kontroll- und Quarantäne-maßnahmen. Obwohl die Krankheit im Juni als besiegt galt, gab es im September einen neuen Verdachtsfall.

2003 flammte zum wiederholten Male der Streit um den Preis malaysischer Trinkwasserlieferungen auf. Singapurs Wasserversorgung hängt zu etwa 50 Prozent von solchen Importen ab, und die malaysische Regierung hat mehrfach versucht, diese Abhängigkeit zur Durchsetzung eigener Interessen zu nutzen. Ein weiterer Konflikt um singapurische Landgewinnung aus dem Meer wurde an den Internationalen Seegerichtshof überwiesen.

Premierminister Goh Chok Tong hat angekündigt, bis zum Ende der Wirtschaftskrise im Amt bleiben zu wollen. Designierter Nachfolger ist sein Stellvertreter Lee Hsien Loong, der 51jährige Sohn des 1990 als Regierungschef zurückgetretenen Staatsgründers Lee Kuan Yew, der Goh spätestens 2005 nachfolgen dürfte. Der jüngere Lee gilt als vergleichsweise konservativ. Gohs Entscheidung soll ihn vorerst aus der Schußlinie der Opposition nehmen. Diese hat ihrerseits so lange keine Chancen, die Macht zu übernehmen, als das Recht auf freie Meinungsäußerung faktisch eingeschränkt ist<sup>52</sup> und die chinesische Bevölkerungsmehrheit von einem Machtwechsel größere Instabilität erwartet als vom Verbleiben der autoritären Regierung im Amt. Die nächsten Parlamentswahlen sind 2007 fällig.

<sup>52</sup> Dies betrifft sowohl die indirekte Zensur der Medien als auch die mit Rechtsmitteln bewehrte Verfolgung politischer Äußerungen außerhalb des Parlaments. Im November 2003 wurde ein Gesetz über die staatliche Kontrolle des Internets verabschiedet.

## Indonesien

<b>Hauptstadt</b>	Jakarta
<b>Einwohner</b>	203 Millionen
<b>Ethnische Zusammensetzung</b>	Javanesen 45%, Sundanesen 14%, Maduresen 8%, Malaien 8%, Chinesen 3%, andere (insgesamt ca. 360 Ethnien) 22%
<b>BIP 2002</b>	183,54 Mrd. US-Dollar
<b>BIP pro Kopf 2002</b>	855 US-Dollar
<b>Wachstum 2001–2002</b>	3,7%
<b>Verteidigungsbudget 2002</b>	1,1 Mrd. US-Dollar (amtliche Angabe)
<b>Truppenstärke (aktiv)</b>	297 000
<b>Politisches System</b>	Präsidentenrepublik
<b>Präsidentin</b>	Megawati Sukarnoputri (seit 2001)

Im Februar 2003 beschuldigten 70 Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen die Machteliten Indonesiens in einem offenen Brief, das »Mandat des Volkes« nicht erfüllt zu haben.<sup>53</sup> Die indonesische Regierung ist von der Demokratisierung und den Reformen der fünf vergangenen Jahre zu nationalistisch überhöhtem Konservatismus zurückgekehrt. Das Land wird wie zu Zeiten des Präsidenten Ahmad Suharto (1967–1998) von korrupten Netzwerken kontrolliert. Zwar soll der Staatspräsident 2004 erstmals durch allgemeine Wahlen bestimmt werden und nicht mehr durch die Beratende Volksversammlung, das Oberhaus des Parlaments. Auch hat die Kammer entschieden, die dort bisher für Vertreter des Militärs reservierten 38 Sitze bereits anlässlich der Parlamentswahlen im April 2004 abzuschaffen.<sup>54</sup> Gleichzeitig bleiben die Streitkräfte jedoch auf allen Verwaltungsebenen ein politischer Faktor. Nach Meinung von Beobachtern genießen sie unter der Präsidentin Megawati Sukarnoputri größere Freiheiten, als sie nach dem Sturz Suhartos im Mai 1998 je hatten.<sup>55</sup> Angesichts einer administrativen Dezentralisierung und tendenziellen Fragmentierung der Republik Indonesien wurden Überlegungen auf Eis gelegt, die Territorialstruktur des Militärs schrittweise abzu-

<sup>53</sup> Vgl. FEER, 26.6.2003, S. 14–18.

<sup>54</sup> Die Führung der Streitkräfte hatte sich nach vergeblichen Interventionen im Parlament schließlich selbst zu diesem Schritt entschieden. Ursprünglich sollten die garantierten Sitze erst 2009 entfallen.

<sup>55</sup> Ebd. 2003 arbeiteten konservative Militärs an einem Gesetzentwurf, mit dem den Streitkräften im Notfall eine unabhängige Zuständigkeit für die Mobilisierung von Truppen zugestanden werden soll. Ebd., 27.3.2003, S. 18–19.

bauen – mit Hilfe der Territorialstruktur verfügt Indonesien auf jeder Verwaltungsebene über eine militärische Parallelstruktur, die unter anderem der politischen Kontrolle der Bevölkerung dient. Neue militärisch-zivile Koalitionen auf regionaler und lokaler Ebene stimulieren zu immer mehr Korruption und Gewalt und resultieren in immer weniger Demokratie und Transparenz.<sup>56</sup> Vier von sechs Provinzgouverneuren auf Java sind Offiziere im Ruhestand, und die Präsidentin scheint nicht bestrebt zu sein, sie durch Zivilisten zu ersetzen.

Die derzeitige Regierung ist eine Koalition aus Megawatis Demokratischer Partei Indonesiens für den Kampf (Partai Demokrasi Indonesia Perjuangan, PDI-P), der ehemaligen Suharto-Partei Golkar und einem Bündnis aus islamisch orientierten Parteien, das 1999 von dem damals gewählten Präsidenten der Beratenden Volksversammlung, Amien Rais, gegründet worden war (Rais gilt 2004 als einer der aussichtsreicheren Gegenkandidaten von Megawati). Auch bei einer direkten Wahl des Staatspräsidenten dürfte die Zusammensetzung der nächsten indonesischen Regierung wesentlich vom Ausgang der Parlamentswahlen abhängen. Während die Präsidentin sich die islamischen Kräfte mit ihrer Rückwendung zum Militär zunehmend entfremdet hat und eine Koalition des islamischen Lagers mit Golkar nicht vollends ausgeschlossen werden kann, steht letztere doch in Megawatis Schuld, seit sie einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur Aufklärung der angeblichen Veruntreuung staatlicher Lebensmittelhilfen durch den Golkar-Vorsitzenden und Präsidenten des Repräsentantenhauses, Akbar Tanjung, verhinderte.<sup>57</sup> Auch konkurrieren Golkar und die PDI-P um voneinander abgrenzbare Wählergruppen. Während die Machtbasis der PDI-P in West- und Zentraljava liegt, hält Golkar bedeutende Stimmanteile in Sumatra, Sulawesi und Ostindonesien und verzeichnet wachsende Zustimmungsraten. Ende 2002 diskutierten Vertreter beider Parteien und Funktionäre der mode-

<sup>56</sup> Die Zentralregierung kommt nur für 30% der operativen Kosten der Streitkräfte auf. Vgl. FEER, 26.9.2002, S. 22–23. Der Rest wird durch privatwirtschaftliche Aktivitäten des Militärs bestritten, darunter vermutlich Drogenhandel, illegaler Abbau von Holz und Mineralien, Glücksspiel, Prostitution, Schutzgelderpressung, Schmuggel von Treibstoffen und Zuwendungen von Provinzregierungen. Ebd., 7.11.2002, S. 20–21.

<sup>57</sup> Tanjung war im September 2002 wegen Korruption zu einer dreijährigen Haftstrafe verurteilt worden. Im Februar 2004 wurde er vom Obersten Gerichtshof freigesprochen.

rat-islamischen Partei der Nationalen Erweckung (Partai Kebangkitan Bangsa, PKB) erstmals die Möglichkeit eines Bündnisses.<sup>58</sup>

Eklatantestes Beispiel für die Rückkehr des indonesischen Militärs in die Politik ist eine neue harte Linie im Umgang mit Unabhängigkeitsbestrebungen in Aceh im Norden Sumatras. Dem dortigen Bürgerkrieg sind in den fünf vergangenen Jahren mehr Zivilisten zum Opfer gefallen als in den 33 Jahren unter Suharto. In Aceh kämpfen mittlerweile fast 50 000 Soldaten und Polizisten gegen 2000–5000 Guerillas der Bewegung für ein Freies Aceh (Gerakan Aceh Merdeka, GAM).<sup>59</sup> Megawati hatte die GAM im Januar 2002 zum Staatsfeind erklärt und den Streitkräften sechs Monate später weitgehend freie Hand bei ihrer Bekämpfung gegeben. Im August 2002 hätte in Aceh ein Waffenstillstand in Kraft treten sollen, nachdem die Guerilla ein in Jakarta konzipiertes Autonomiestatut im Grundsatz akzeptiert hatte.<sup>60</sup> Diese Waffenruhe scheiterte genauso wie eine Anschlußvereinbarung vom Dezember, mit der das Statut implementiert und die GAM unter internationaler Beobachtung hätte entwaffnet werden sollen. Verantwortlich für diese Entwicklung sind sowohl die indonesischen Sicherheitskräfte als auch die in Schweden exilierte politische Führung der GAM, die Autonomie nur als Übergangsstadium auf dem Weg zur Unabhängigkeit akzeptieren will.<sup>61</sup> Bereits im Januar 2003 meldeten beide Seiten wieder mehr als 300 bewaffnete Zusammenstöße.<sup>62</sup> Im Mai verhängte die Präsidentin das Kriegsrecht. Sie unterstützt Pläne für die Schaffung pro-indonesischer Milizen.<sup>63</sup> Das Militär will aus Distrikten mit besonders hoher Guerillakonzentration insgesamt bis zu 200 000 Zivilisten umsiedeln.<sup>64</sup>

<sup>58</sup> Vgl. FEER, 26.12.2002–2.1.2003, S. 24.

<sup>59</sup> Ebd., 25.9.2003, S. 21–22.

<sup>60</sup> Ebd., 25.7.2002, S. 12–14. Im August 2002 räumte Jakarta der GAM eine Viermonatsfrist ein, um ihr Interesse an Friedensverhandlungen unter Beweis zu stellen. Ebd., 29.8.2002, S. 10.

<sup>61</sup> Ebd., 5.6.2003, S. 16–17. Darüber hinaus weisen Beobachter einen Teil der Schuld der Regierung und dem Parlament der Provinz Aceh zu. Während erstere auf die Beteiligung von religiösen Führern und anderen wichtigen gesellschaftlichen Kräften bisher keinen Wert legte, hat die Provinz-Legislative die für die Implementierung des Autonomiestatuts nötige Verabschiedung von 20 Gesetzen verschleppt. Ebd., 22.5.2003, S. 20.

<sup>62</sup> Ebd., 30.1.2003, S. 16.

<sup>63</sup> Ebd., 10.7.2003, S. 10.

<sup>64</sup> Ebd., 5.6.2003, S. 8.

Im Vergleich mit Aceh hat sich die Lage in Papua etwas beruhigt. Das im Oktober 2001 verabschiedete Autonomiestatut für die Provinz ist vorteilhafter als das entsprechende Gesetz für Aceh,<sup>65</sup> im April 2003 wurden zwei Offiziere wegen Beteiligung am Mord an dem Vorsitzenden des sogenannten Papua-Präsidialrats gerichtlich belangt. Die Organisation für ein Freies Papua (Organisasi Papua Merdeka, OPM), deren Führer Yustinus Jurib im November 2003 von den Sicherheitskräften erschossen wurde, ist zersplittert. Militante Fraktionen – bzw. Provokateure aus den Reihen des Militärs<sup>66</sup> – taten sich 2002 und 2003 durch die Entführung und Ermordung von Ausländern hervor. Im August 2003 verzichtete Jakarta angesichts gewaltsamer Demonstrationen auf die geplante Aufteilung Papuas in drei Provinzen.

Auch in anderen Teilen des Archipels bricht gelegentlich noch ethnische oder religiöse Gewalt aus. So gab es in den Molukken sieben Monate nach Unterzeichnung eines Friedensabkommens im September 2002 erneut gewaltsame Zusammenstöße zwischen Moslems und Christen. In Zentral-Sulawesi ereigneten sich mehrfach Anschläge.

Mit dem Votum der Beratenden Volksversammlung vom August 2002 gegen die Einführung des islamischen Rechts bleibt Indonesien ein säkularer Staat. Im März 2003 kam es nur zu einzelnen, zumeist friedlichen Demonstrationen gegen den amerikanischen Einmarsch im Irak. Sollten die Koalitionspläne von PDI-P, Golkar und PKB Wirklichkeit werden, dürfte sich allerdings die Kluft zwischen Säkularisten und Islamisten mit nachteiligen Folgen für den nationalen Zusammenhalt weiter vertiefen.

Seit dem verheerenden Anschlag auf eine Diskothek in Bali im Oktober 2002, bei dem 202 vorwiegend australische Touristen ums Leben gekommen waren, hat Jakarta seinen Kampf gegen terroristische Grup-

pen intensiviert.<sup>67</sup> Seither vollführen die Behörden einen komplizierten Drahtseilakt zwischen politisch inspirierter Rücksichtnahme auf die islamische Bevölkerungsmehrheit und der Erfüllung ausländischer Forderungen nach einem konsequenten Durchgreifen. Die bisher ergriffenen Maßnahmen konzentrieren sich auf individuelle Mitglieder grenzüberschreitender Netzwerke wie JI, deren Aktivitäten große internationale Beachtung finden: Nach dem Anschlag von Bali wurden bisher drei von 19 Angeklagten zum Tode verurteilt, 15 erhielten langjährige Haftstrafen. Wo es um einheimische Gruppierungen bzw. die Grauzone zwischen lokalem und grenzüberschreitendem Terrorismus geht, ist die Regierung sehr viel zurückhaltender. So fiel die Haftstrafe für den Vorsitzenden des Indonesischen Mujaheddin-Rats Abu Bakar Ba'asyir, den die USA für den »spirituellen« JI-Führer halten, im September 2003 mit vier Jahren vergleichsweise milde aus.<sup>68</sup> Die mit der JI verbundenen wohltätigen Organisationen können in Indonesien weiter legal operieren.

Kurz nach Beginn des Prozesses gegen Ba'asyir im April 2003 war auf dem Flughafen von Jakarta eine Sprengladung explodiert, elf Personen wurden verwundet. Am 5. August 2003 detonierte vor einem Luxushotel in Jakarta ein weiterer Sprengsatz, der 12 Personen tötete und fast 150 verletzte. Der bei dem Attentat ums Leben gekommene Fahrer des Tatfahrzeuges und zwei bereits im Juni verhaftete Hintermänner wurden als JI-Mitglieder identifiziert. Die beiden letztgenannten stehen unter Verdacht, an dem Anschlag von Bali beteiligt gewesen zu sein. Alle drei hatten an Ba'asyirs Koranschule in Mitteljava studiert.<sup>69</sup>

Für anhaltende Defizite bei der Strafverfolgung sind nicht nur politische Erwägungen verantwortlich, sondern auch innerelitäre Machtkämpfe. Als zum Beispiel die Federführung im Kampf gegen den Terro-

<sup>65</sup> So soll Papua 80% der (Netto-)Erlöse aus dem Verkauf von Erdöl und -gas erhalten, Aceh hingegen nur 70% bei Ausklammerung von Vorkommen jenseits der Zwölfmeilenzone.

<sup>66</sup> Nach Informationen der indonesischen Polizei waren führende Armee-Offiziere für einen Anschlag im August 2002 verantwortlich, bei dem zwei Amerikaner ums Leben kamen. Die Offiziere hätten damit versucht, eine lokale Separatistengruppe zu diskreditieren. Vgl. FEER, 30.1.2003, S. 8. Indonesische Spezialeinheiten sollen an der Grenze zu Papua-Neuguinea Moslems zum Kampf gegen einheimische Christen ausbilden, darunter 3000 aus den Molukken eingewanderte Mitglieder der militant-islamischen Gruppierung Laskar Jihad. Vgl. The Age (Melbourne), 27.2.2003, zit. in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 26.2.2003.

<sup>67</sup> Im März 2003 verabschiedete das indonesische Parlament ein Antiterror-Gesetz, das für bestimmte Vergehen die Todesstrafe vorsieht. Darüber hinaus können bei Verdacht terroristischer Aktivitäten Telefone abgehört und Haftstrafen ohne Gerichtsbeschluss angeordnet werden. Vgl. BBC, 6.3.2003, zit. in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 6.3.2003. Eine Antiterror-Einheit der Polizei ist im Aufbau.

<sup>68</sup> Ba'asyir wurde von den Vorwürfen der Planung eines Umsturzes und Beteiligung an einem Anschlag auf die damalige Vizepräsidentin Megawati freigesprochen und nurmehr wegen »Beteiligung an Subversion und Fälschung« verurteilt. Vgl. Cable News Network-Asia, 2.9.2003. Im Dezember 2003 wurde seine Haftstrafe in einem Berufungsverfahren auf drei Jahre reduziert.

<sup>69</sup> Vgl. FEER, 21.8.2003, S. 12–15.



asmus seit dem Anschlag von Bali vom Militär auf die Polizei übergang, wurden unter den Sicherheitsorganen neue Rivalitäten ausgelöst.<sup>70</sup>

Insbesondere die Entwicklungen in Aceh<sup>71</sup> und die – womöglich von indonesischen Offizieren zu verantwortende – Ermordung von zwei Amerikanern in Papua im August 2002<sup>72</sup> haben eine Intensivierung der Militärbeziehungen zu den USA vorerst verhindert. Hatte der Finanzausschuß des US-Senats noch im Juli 2002 Einschränkungen für militärische Ausbildungshilfen aufgehoben,<sup>73</sup> machte der Auswärtige Ausschuß im folgenden Jahr die Implementierung von einer Aufklärung des Papua-Falles abhängig.<sup>74</sup> Schon zuvor gab es einen Rückschlag durch den Freispruch von neun der elf wegen Menschenrechtsverletzungen in Osttimor angeklagten Armee- und Polizeioffiziere durch ein indonesisches Menschenrechtsgericht (der von den Vereinten Nationen im Zusammenhang mit Massakern in Osttimor angeklagte frühere Armeekommandeur Wiranto erklärte im August 2003 seine Präsidentschaftskandidatur; Wiranto ist Golkar-Mitglied). Die Bush-Administration hatte ihren Plan für den Aufbau einer indonesischen »Peacekeeping«-Truppe für ethnische und religiöse Konflikte bereits im Juni 2002 aufgegeben und sich statt dessen für eine Antiterror-Ausbildung der Polizei entschieden.<sup>75</sup> Gleichzeitig kündigte sich eine partielle Modifizierung der amerikanischen Strategie in den Beziehungen zu Indonesien an. So wurde während eines Bali-Besuchs von Präsident Bush im Oktober 2003 bekannt, daß die USA fortan insbesondere in Indonesien in das säkulare Bildungswesen des Landes investieren würden.<sup>76</sup>

<sup>70</sup> Vgl. FEER, 21.8.2003, S. 12–15.

<sup>71</sup> Vgl. Sheldon W. *Simon*, Southeast Asia Solidifies Anti-terrorism Support, Lobbies for Postwar Iraq Reconstruction, in: Comparative Connections, (Juli 2003), <<http://www.csis.org/pacfor/ccejournal.html>>.

<sup>72</sup> Vgl. Fn. 66.

<sup>73</sup> Indonesische Offiziere können seit September 2002 im Rahmen eines Antiterror-Programms an der Postgraduiertenschule der amerikanischen Marine in Kalifornien ausgebildet werden. Diese Zusammenarbeit im Rahmen des International Military Education and Training Programme (IMET) der USA war 1991 nach einem Massaker an Zivilisten in Osttimor eingestellt worden.

<sup>74</sup> Vgl. FEER, 5.6.2003, S. 8. Ungeachtet dessen werden mehr als 100 indonesische Offiziere auf Grundlage von nach dem 11. September 2001 verabschiedeten Sondergesetzen in den USA im Antiterrorkampf ausgebildet.

<sup>75</sup> Ebd., S. 16.

<sup>76</sup> Vgl. Patrick M. *Cronin*, Deepening America's Response to Terrorism, in: Pacnet, 27.10.2003.

Das Wachstum des indonesischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) stagniert trotz steigender Binnennachfrage und einer rückläufigen Teuerungsrate seit 2001 bei 3 bis 4 Prozent, und daran dürfte sich angesichts internationaler und regionaler Ungewißheiten erst einmal nichts ändern. Während einheimische Mischkonzerne überschuldet sind, verzeichnen kleine und mittlere Unternehmen zwar vereinzelt Wachstum, schaffen aber nicht hinreichend Arbeitsplätze. Die amtlich vermeldete Arbeitslosenrate lag 2001 bei 8 Prozent, die tatsächliche dürfte aber wohl näher an 40 Prozent liegen.<sup>77</sup> Um diesem Trend kurzfristig gegenzusteuern, würde das Land deutlich mehr ausländische Direktinvestitionen benötigen. Angesichts der anhaltenden Instabilität, Korruption, mangelnden Rechtssicherheit und wachsenden Attraktion anderer Märkte halten sich potentielle Investoren aber weiterhin zurück.<sup>78</sup>

Gleichzeitig hat sich Jakartas Zusammenarbeit mit dem IWF unter Megawati spürbar verbessert. Anders als die Administration von Abdurrahman Wahid (1999–2001) praktizierte ihre Regierung eine Sparpolitik und wandte sich nicht kategorisch gegen den Verkauf von Unternehmen an Ausländer. Der Abbau von Subventionen zum Beispiel für Treibstoffe und Elektrizität wurde allerdings Anfang 2003 im Gefolge von Massendemonstrationen ausgesetzt. Man muß damit rechnen, daß der Reformelan im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen im Jahr 2004 weiter erlahmen wird. Indonesiens öffentliche und private Auslandsverschuldung beläuft sich auf 131,1 Milliarden US-Dollar, seitdem die privaten Gläubiger dem Land 2002 5,4 Milliarden US-Dollar erließen. Der IWF hat seit 1999 Hilfen in Höhe von 4,8 Milliarden US-Dollar gewährt.<sup>79</sup> Sie sind jedoch Ende 2003 ausgelaufen.

<sup>77</sup> Vgl. FEER, 1.8.2002, S. 39.

<sup>78</sup> Waren 1997 in Indonesien noch ausländische Direktinvestitionen mit einem Gesamtwert von 34 Mrd. US-Dollar genehmigt worden, waren es 2001 nur noch 9 Mrd. US-Dollar. Ebd., 12.12.2002, S. 19. Der BIP-Anteil aller Brutto-Investitionen ging laut Schätzungen westlicher Banken von 33% 1997 auf 14% 2002 zurück. Ebd., 14.11.2002, S. 61.

<sup>79</sup> Vgl. The Business Times (Singapur), 30.7.2003, <<http://business-times.html>>.

## Osttimor

<b>Hauptstadt</b>	Dili
<b>Einwohner</b>	800 000 (davon 200 000 in Indonesien)
<b>Ethnische Zusammensetzung</b>	98% Timoresen, 2% Chinesen
<b>BIP 2001</b>	415 Mio. US-Dollar
<b>BIP pro Kopf 2001</b>	500 US-Dollar
<b>Wachstum 2000–2001</b>	18% (Schätzwert)
<b>Verteidigungsbudget 2002</b>	keine Angaben
<b>Truppenstärke (aktiv)</b>	1500
<b>Politisches System</b>	Präsidentsdemokratie
<b>Präsident</b>	Alexandre Gusmao (seit 2002)
<b>Regierungschef</b>	Mari Alkatiri (seit 2002)

Osttimor wurde im Mai 2002 unabhängig, ein reduziertes militärisches Kontingent der UN-Treuhandverwaltung verbleibt aber bis 2004 im Lande.<sup>80</sup> Die Bewachung der Grenze zu Westtimor, wo weiterhin pro-indonesische Milizen operieren,<sup>81</sup> und die Gewährleistung der Sicherheit in der dortigen Enklave Oecussi wurde im Oktober 2003 von der im Aufbau befindlichen East Timor Defence Force (ETDF) übernommen. Diese soll im Laufe des Jahres 2004 – möglicherweise unterstützt von einer australischen Einheit<sup>82</sup> – die Verantwortung für die Sicherheit der jungen Nation insgesamt tragen. Dabei kommt dem Schutz von Hoheitsgewässern und angrenzenden Zonen besondere Bedeutung zu.<sup>83</sup> Der sogenannte »Timor Gap« zwischen Osttimor und Australien ist reich an Erdöl und -gas. Im März 2003 hatten sich beide Seiten im sogenannten Abkommen über die Timorsee darauf verständigt, daß Förderprofite aus einem Gemeinsamen Erdöl-Entwicklungsgebiet (Joint Petroleum Development Area, JPDA) zu 90 Prozent an

Dili und zu 10 Prozent an Canberra gehen sollten. Betroffen war etwa das sogenannte Bayu-Udan-Feld, das für Osttimor 15 Milliarden US-Dollar über eine Zeit von fünfzehn Jahren abwerfen soll.<sup>84</sup> Allerdings liegen die meisten Öl- und Gasvorkommen im Timor Gap außerhalb der JPDA in Gewässern, die Australien für sich beansprucht.<sup>85</sup> Demzufolge würde Dili nur 18 Prozent der Einkünfte aus dem Greater-Sunrise-Feld beziehen.

Derzeit bleibt die innere Stabilität wegen der großen Armut und mangelnden Entwicklungsperspektiven für die Bevölkerungsmehrheit prekär. Im Dezember 2002 kam es zu gewaltsamen Protesten und Ausschreitungen, für die die Regierung pro-indonesische Milizen verantwortlich machte.<sup>86</sup> Kurz zuvor hatte es gewaltsame Zusammenstöße zwischen rivalisierenden Einheiten der ETDF und der Polizei gegeben.

Außenpolitisch hat sich der jüngste südostasiatische Staat mit einer gewissen Zwangsläufigkeit nach Australien orientiert, das nach dem Unabhängigkeitsvotum vom August 1999 eine internationale Interventionstruppe zur Bekämpfung pro-indonesischer Milizen angeführt hatte. So unterzeichneten beide Seiten im August 2003 ein Abkommen über antiterroristische Zusammenarbeit.<sup>87</sup> Die Beziehungen zu Indonesien und anderen Asean-Mitgliedern sind problematischer.<sup>88</sup> Nichtsdestotrotz bleibt Präsident Alexandre (»Xanana«) Gusmao um einen Ausgleich mit Jakarta bemüht. Dort verhandelte er im Juli 2002 mit Präsidentin Megawati Sukarnoputri über Wirtschaftshilfen und Entschädigungen für früheres indonesisches Eigentum in Osttimor. Im September 2003 äußerte er Interesse an einer langfristigen militärischen Zusammenarbeit mit Indonesien.<sup>89</sup>

Das Interesse an einer Asean-Mitgliedschaft ist im vergangenen Jahr gewachsen, aber die Hindernisse bleiben beträchtlich. So war Osttimor auf dem Asean-Gipfeltreffen in Phnom Penh im November 2002 nicht als Beobachter eingeladen, weil die Gastgeber Gusmao dafür abstrafen wollten, daß er im Februar als Ver-

<sup>80</sup> Der UN-Sicherheitsrat entschied im April 2003, die Gesamtstärke der australischen, portugiesischen und südkoreanischen Bataillone und ergänzender Peacekeeping-Elemente bis Juli bei ca. 3500 einzufrieren, im Dezember auf 1750 zu reduzieren und die Kontingente Anfang 2004 abzuziehen. Vgl. FEER, 24.4.2003, S. 8.

<sup>81</sup> Die Anzahl der nach Westtimor geflüchteten Milizionäre wird auf 8000 geschätzt. Vgl. The Jakarta Post, 26.2.2003, zit. in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 25.2.2003.

<sup>82</sup> In Canberra gibt es Überlegungen, auch 2004 eine begrenzte Militärpräsenz beizubehalten, wie von Osttimor gewünscht. Vgl. FEER, 24.4.2003, S. 9.

<sup>83</sup> Nachdem Portugal Osttimor im Jahr 2001 zwei ältere Patrouillenboote abgetreten hatte, nahm Australien vorerst von einer Beteiligung am Aufbau der osttimoresischen Marine Abstand. Ebd., 26.2.2002, S. 8.

<sup>84</sup> Vgl. The Economist, 15.3.2003, S. 61.

<sup>85</sup> Canberra akzeptiert diesbezügliche Regelungen der UN-Seerechtskonvention seit 2002 nicht mehr.

<sup>86</sup> Vgl. FEER, 19.12.2002, S. 13.

<sup>87</sup> Vgl. The Times of India, 26.8.2003, zit. in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 25.8.2003.

<sup>88</sup> Die Beziehungen zwischen Dili und Jakarta sind vornehmlich durch Indonesiens Weigerung belastet, mehr als 280 in Osttimor wegen Menschenrechtsverletzungen angeklagte indonesische Staatsbürger auszuliefern.

<sup>89</sup> Vgl. ABC News, 30.9.2003, zit. in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 30.9.2003.

treter einer Nichtregierungsorganisation die Kommunalwahlen in Kambodscha beobachtet hatte, ohne die Regierung Hun Sen vorab zu informieren. Birma lehnt einen Beitritt Osttimors angesichts der dortigen Kritik an Ranguns Menschenrechtspolitik ab.<sup>90</sup>

## Brunei

**Hauptstadt** Bandar Seri Begawan  
**Einwohner** 334 000  
**Ethnische Zusammensetzung** Malaien 67%, Chinesen 15%, nicht-malaiische Ureinwohner 6%, andere 12%  
**BIP 2001** 4,4 Mrd. US-Dollar  
**BIP pro Kopf 2001** 12 911 US-Dollar  
**Wachstum 2000–2001** 3,0%  
**Verteidigungsbudget 2002** 455,9 Mio. US-Dollar  
**Truppenstärke (aktiv)** 7000  
**Politisches System** absolute Monarchie  
**Staats- und Regierungschef** Sultan Hassanal Bolkiah (seit 1967)

2002 wurden etwa 50 Prozent des bruneiischen BIP und 90 Prozent der Exporteinnahmen auf dem Energiesektor erwirtschaftet. Die Wirtschaft wuchs um 3 Prozent, der Staatshaushalt verzeichnete nach einem 6prozentigen Vorjahresdefizit wieder einen Überschuß. Das Sultanat verfügt über eines der höchsten Pro-Kopf-Einkommen in der Region und leistet sich einen steuerfreien Wohlfahrtsstaat. Etwa 42 Prozent der Bevölkerung arbeiten für die Regierung.

Die Erwartung, diesen Standard auch nach dem Versiegen der Erdöl- und Erdgasquellen in 15 bzw. 30 Jahren mit Hilfe der Erträge aus Auslandsinvestitionen halten zu können, hat allerdings einen Dämpfer erhalten. Der Zusammenbruch des Mischkonzerns Amedeo im Jahr 2000 hat das Sultanat schätzungsweise 55 Milliarden US-Dollar gekostet und eine partielle wirtschaftliche Umorientierung angestoßen.<sup>91</sup> Dabei sollen einheimische Industrien gefördert und Privatunternehmer zu Auslandsinvestitionen ermutigt werden. Bis diese Politik erste Früchte trägt, werden staatliche Infrastrukturprogramme forciert.<sup>92</sup>

<sup>90</sup> Vgl. FEER, 21.11.2002, S. 12.

<sup>91</sup> Ebd., 20.2.2003, S. 46.

<sup>92</sup> Darunter der Bau einer Erdgaspipeline, eines konventionellen Kraftwerks und von Hafenanlagen. Ebd., 30.1.2003, S. 11.

Die Beziehungen zum malaysischen Nachbarn sind problematisch, seit das Sultanat 1963 den Beitritt zur Malaiischen Föderation verweigerte. Brunei wird von Malaysias »Limbang-Korridor« in zwei Teile getrennt, und seit 2000 gibt es einen Territorialstreit um Seegebiete mit beträchtlichen Ölvorkommen. Dieser Disput flammte Anfang 2003 unter Einsatz von Kriegsschiffen beider Seiten wieder auf. Sultan Hassanal Bolkiah und der malaysische Premierminister Mahathir Mohamad bemühten sich im Mai um eine Lösung. Kuala Lumpur hat eine Aufteilung der Erlöse aus der Ölförderung vorgeschlagen.<sup>93</sup>

## Philippinen

**Hauptstadt** Manila (Regierungssitz: Quezon City)  
**Einwohner** 81,4 Millionen  
**Ethnische Zusammensetzung** Filipinos 40%, Indonesier/Polynesier 30%, Negritos/Altamalien 10%, andere 20%  
**BIP 2002** 77,07 Mrd. US-Dollar  
**BIP pro Kopf 2002** 980 US-Dollar  
**Wachstum 2001–2002** 4,6%  
**Verteidigungsbudget 2002** 1,4 Mrd. US-Dollar  
**Truppenstärke (aktiv)** 106 000  
**Politisches System** Präsidialdemokratie  
**Präsidentin** Gloria Macapagal-Arroyo (seit 2001)

Nach dem Sturz des populistischen Präsidenten Joseph Estrada im Januar 2001 hatte sich in den Philippinen durch die Positionierung neuer und alter Kandidaten für hohe politische Ämter eine Art langfristiger Vorwahlkampf eingestellt. Die nächsten Präsidentschaftswahlen müssen bis Mai 2004 durchgeführt werden. Um sich ganz auf die laufenden Wirtschaftsreformen konzentrieren zu können, hatte Estradas Nachfolgerin Gloria Macapagal-Arroyo im Dezember 2002 zunächst auf eine erneute Kandidatur verzichtet. Diese Entscheidung nahm sie im Oktober 2003 unter Hinweis auf die Notwendigkeit »gesellschaftlichen Wandels« aber wieder zurück.<sup>94</sup> Zuvor hatte Estradas früherer Polizeichef Panfilo Lacson seine Kandidatur erklärt. Er tritt für Geburtenkontrolle, eine entschiedener Kriminalitätsbekämpfung und eine engere militärische Zusammenarbeit mit den USA ein.<sup>95</sup> Seither

<sup>93</sup> Ebd., 3.7.2003, S. 17.

<sup>94</sup> Vgl. Cable News Network, 4.10.2003.

<sup>95</sup> Vgl. FEER, 20.2.2003, S. 20–21.

haben sich auch der frühere Erziehungsminister Paul Roco, der Action-Filmstar Fernando Poe (ein Freund von Estrada) und der Nachrichtensprecher Noli de Castro beworben. Arroyos Zustimmungsrate in der Bevölkerung ist rückläufig.<sup>96</sup>

Die philippinische Volkswirtschaft wuchs 2002 um ermutigende 4,6 Prozent, die Devisenreserven erreichten einen Höchststand von 17 Milliarden US-Dollar. Gleichzeitig signalisierte ein Haushaltsdefizit von 5,4 Prozent am BIP fast schon brasilianische Verhältnisse. Die Hauptursache waren Steuerausfälle, bedingt durch mangelnde Effizienz und Korruption bei der Steuererhebung. Damit wird es schwieriger, internationale Kredite aufzunehmen, um eben dieses Defizit auszugleichen. Gleichzeitig erschwert eine Staatsverschuldung von ca. 85 Prozent am BIP eine Lockerung der Geldpolitik.<sup>97</sup> Schließlich schrecken anhaltende politische und rechtliche Ungewissheiten in- und ausländische Investoren ab.<sup>98</sup> Finanzminister José Camacho trat im Dezember 2004 wegen »Erschöpfung« zurück.<sup>99</sup>

Während der Arroyo-Administration internationale Anerkennung für ihre Wirtschaftspolitik zuteil wurde, stießen einige wirtschaftspolitische Maßnahmen innerhalb des Landes in ganz unterschiedlichen Lagern auf Widerstand. So protestierten im Sommer 2002 sowohl Konsumenten als auch ausländische Investoren gegen eine deutliche Anhebung der Energiepreise. Arroyos Versuch, die Exportabhängigkeit der philippinischen Wirtschaft durch Infrastrukturinvestitionen zu begrenzen,<sup>100</sup> hat angesichts verbreiteter Korruption wenig Aussichten auf Erfolg. Die Arbeitslosigkeit liegt bei über 12 Prozent. Die Schuld an der aktuellen ökonomischen Schwäche des Landes trägt zu großen Teilen Estrada, der in gut zwei Amtsjahren eine unverhüllte Günstlingswirtschaft betrieben hatte.

Innenpolitisch umstritten blieb auch die militärische Zusammenarbeit mit den USA im Kampf gegen die Guerillas der Abu Sayyaf auf den Inseln Basilan,

<sup>96</sup> Vgl. The Financial Times, 3.12.2003, zit. in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 3.12.2003.

<sup>97</sup> Ebd., 19.9.2002, S. 12–16, und ebd., 8.5.2003, S. 48. Die Lage hat sich 2003 angesichts einer effizienteren Steuererhebung und eines reduzierten Staatshaushalts etwas verbessert. Ebd., 2.10.2003, S. 52.

<sup>98</sup> Im ersten Halbjahr 2003 waren vereinbarte ausländische Direktinvestitionen um 63%, inländische Direktinvestitionen um 33% zurückgegangen. Ebd., 4.9.2003, S. 20–22.

<sup>99</sup> Ebd., 4.12.2003, S. 13.

<sup>100</sup> In diesem Rahmen wollte die Regierung bis 2004 500 000 Häuser bauen. Ebd., 16.1.2003, S. 24–25.

Jolo und Sulu. Außenminister und Vizepräsident Teofisto Guingona war im Juli 2002 aus Protest gegen die verstärkte amerikanische Truppenpräsenz zurückgetreten.

Diese Truppenpräsenz der USA hat sich seit dem Ende der »Balikatan«-Manöver auf Mindanao im Juli 2002 wieder verringert. Washington hätte gern zusätzliche Kontingente in den Süden des Archipels entsandt,<sup>101</sup> aber die philippinische Verfassung verbietet den Kampfeinsatz ausländischer militärischer Truppen. Die im Rahmen von »Balikatan« durchgeführten Manöver und Ausbildungsmaßnahmen der USA richteten sich gegen die Terrorgruppe Abu Sayyaf, die möglicherweise Beziehungen zu Osama bin Ladens Al-Qaida unterhält.<sup>102</sup> Die Abu-Sayyaf-Guerilla hat sich seit Ende der neunziger Jahre in mehrere Gruppen aufgespalten, deren größte auf Jolo operiert und nur noch über etwa 150 Mitglieder verfügt.<sup>103</sup> Nach Angaben aus Manila kam im Juni 2002 ein führendes Abu-Sayyaf-Mitglied bei einem Feuergefecht mit Regierungstruppen vor der Halbinsel von Zamboanga ums Leben.<sup>104</sup> Im Oktober machte die Regierung die Gruppe für eine Serie von Bombenanschlägen in Zamboanga City verantwortlich.<sup>105</sup> Im April 2003 suchte die Polizei im Anschluß an einen Anschlag in Davao nach möglichen Verbindungen zur JI.<sup>106</sup> Im Oktober entführte die Guerilla in Zusammenarbeit mit malaysischen Verbündeten<sup>107</sup> insgesamt sechs Personen aus Sulu und dem malaysischen Sabah. Die Malaysier wurden ermordet. Im Dezember gelang der Armee mit

<sup>101</sup> Ebd., 6.3.2003, S. 19.

<sup>102</sup> Vgl. Patrick *Bolte*/Kay *Möller*/Osman *Rzyttka*, Politischer Islam, Separatismus und Terrorismus in Südostasien. Indonesien, Malaysia, Philippinen, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, März 2003 (S 12/03), S. 36–37. Anfang 2003 berichteten philippinische Nachrichtendienste von Kontakten zwischen der Abu Sayyaf und einem irakischen Diplomaten. Vgl. The Washington Times, 4.3.2003, zit. in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 4.3.2003. Im April wurden 10 Irakis in den Philippinen unter dem Verdacht der Agententätigkeit festgenommen. Vgl. FEER, 10.4.2003, S. 22–23.

<sup>103</sup> Ebd., 11.7.2002, S. 21. Ende 2000 hatte sich die Abu Sayyaf-Mitgliedschaft noch auf ca. 2000 belaufen. Ebd., 1.8.2002, S. 8.

<sup>104</sup> Ebd., 4.7.2002, S. 11.

<sup>105</sup> Ebd., 17.10.2002, S. 14.

<sup>106</sup> Ebd., 17.4.2003, S. 11. Ein im Oktober 2003 festgenommenes JI-Mitglied gab an, die Organisation verfüge in den Philippinen über 30 operative Mitglieder. Vgl. The Straits Times (Singapur), 23.10.2003, zit. in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 23.10.2003.

<sup>107</sup> Vgl. ABS-SBN News, 29.10.2003, zit. in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 28.10.2003.

der Festnahme von Ghalib Andang, alias »Commander Robot«, ein wichtiger Schlag gegen die Jolo-Fraktion.

Gleichzeitig haben die USA ihre Militärhilfe für Manila weiter erhöht.<sup>108</sup> Im Dezember 2002 unterzeichneten beide Seiten ein Abkommen zur Verbesserung ihrer logistischen Zusammenarbeit.<sup>109</sup> Im Mai 2003 beförderte Präsident Bush die Philippinen anlässlich eines Arroyo-Besuchs in den USA zum »wichtigen Alliierten außerhalb der NATO« und versprach insgesamt 356 Millionen US-Dollar für Antiterror-Maßnahmen.<sup>110</sup> Im Oktober 2003 veranstalteten beide Seiten gemeinsame Militärübungen im Norden der Philippinen. Für den Süden wurde die Fortsetzung der »Balkatan«-Manöver im Grundsatz vereinbart. Sondierungen zur Einrichtung eines amerikanischen Militärstützpunkts blieben hingegen ergebnislos.<sup>111</sup>

Im März 2001 in Kuala Lumpur aufgenommene Verhandlungen zwischen der Regierung in Manila und der Moro Islamic Liberation Front (MILF), die im Süden der Philippinen die Gründung eines unabhängigen Moslemstaats anstrebt, wurden 2003 nach dem Tod des vergleichsweise gemäßigten MILF-Anführers Hashim Salamat wiederholt durch gewaltsame Zusammenstöße unterbrochen. Die Gruppierung ist mit 12 000 bis 15 000 Guerillas eine sehr viel ernstere Herausforderung als die Abu Sayyaf. Die Kontakte wurden nach Ausrufung eines neuen Waffenstillstands<sup>112</sup> im Juni 2003 wieder aufgenommen, obwohl der Regierung eine wachsende Zahl von Hinweisen auf Verbindungen zwischen der MILF und der JI vorlagen.<sup>113</sup> Eine Einigung vor den Präsidentschaftswahlen erscheint unwahrscheinlich.<sup>114</sup>

**108** Im Juli 2002 sagten die USA den Philippinen Sonder-Militärhilfen in Höhe von 10 Millionen US-Dollar zu. Ebd., 15.8.2002, S. 10.

**109** Ebd., 5.12.2002, S. 15.

**110** Vgl. FEER, 29.5.2003, S. 10, und FEER, 12.6.2003, S. 14–16.

**111** Vgl. ABS-CBN News, 14.8.2003, zit. in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 14.8.2003.

**112** Der Waffenstillstand soll von Malaysia im Auftrag der Organisation der Islamischen Konferenz überwacht werden. Das Eintreffen der Kontrolleure hat sich angesichts anhaltender Kampfhandlungen verzögert.

**113** Vgl. FEER, 12.6.2003, S. 14–16. Die Regierung geht davon aus, daß zwei MILF-Ausbildungslager in Mindanao von der JI genutzt werden. Im Dezember 2003 vereinbarten Regierung und MILF eine Zusammenarbeit bei der Suche nach JI-Mitgliedern. Vgl. ABS-CBN News, 10.12.2003, zit. in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 10.12.2003.

**114** Nach Mitteilung der MILF bestehen die Hindernisse für eine solche Vereinbarung in anhängigen Gerichtsverfahren gegen ihre Mitglieder, der verspäteten Entsendung von 25 malaysischen Waffenstillstandsbeobachtern und dem Abzug

Keinerlei Kompromißbereitschaft wurde zunächst den ca. 10 000 Kämpfern der kommunistischen New People's Army (NPA) signalisiert, die im August 2002 das Terror-Etikett erhielten.<sup>115</sup> Im Januar 2004 verlautete aus Manila, man werde auch mit dieser Gruppierung Verhandlungen aufnehmen.<sup>116</sup> Die NPA soll Anfang 2003 eine Zusammenarbeit mit der MILF vereinbart haben.<sup>117</sup>

Die philippinische Demokratie steht nicht grundsätzlich auf dem Spiel, ist aber durch Instabilität als Folge weitverbreiteter Armut gefährdet. Seit Präsidentin Arroyo im Januar 2001 als Nachfolgerin des gestürzten Joseph Estrada gewählt wurde, gibt es Anzeichen für eine fortschreitende Polarisierung der Gesellschaft und eine größere Gewaltbereitschaft.<sup>118</sup> Im Juli 2003 mußte Arroyo den Ausnahmezustand verhängen, nachdem 300 Soldaten mit der Besetzung eines Hotel- und Einkaufszentrums in der Hauptstadt einen Putschversuch unternommen hatten.<sup>119</sup> Die Rebellion wurde niedergeschlagen. Im September trat Verteidigungsminister Angelo Reyes angesichts anhaltender Unruhe in den Reihen der Streitkräfte zurück.<sup>120</sup> Im Januar 2004 wurden drei Offiziere wegen angeblicher Putschpläne festgenommen.<sup>121</sup>

Die endemische Instabilität der Philippinen ist auch Folge eines vom amerikanischen Kolonialherren übernommenen Präsidialsystems, das Parteien zu Wahlvereinen und den Inhaber des Präsidentenamtes von Sponsoren abhängig macht, seine Abberufung mit friedlichen Mitteln erschwert und eine Art Dauerewahlkampf zur Folge hat. Ende 2003 fanden diese Pro-

von Regierungstruppen aus der Region um Buliok, auf die sich die Kampfhandlungen konzentrieren. Vgl. ABC-CBN News, 3.12.2003, zit. in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 3.12.2003. Wenig später deutete der philippinische Außenminister die Möglichkeit eines Rückzugs aus Buliok an. Vgl. ABS-CBN News, 4.12.2003, zit. in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 4.12.2003.

**115** Vgl. FEER, 12.12.2002, S. 10.

**116** Vgl. ABS-CBN News, 14.1.2004, zit. in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 14.1.2004.

**117** Vgl. News International, 11.3.2003, zit. ebd., 13.3.2003.

**118** So kamen während lokaler Wahlen im Juli 2002 86 Personen ums Leben.

**119** Die Putschisten hatten Arroyo vorgeworfen, den Konflikt in Mindanao mit dem Ziel einer Wiederwahl zu schüren. Vgl. Cable News Network, 4.10.2003.

**120** Anscheinend als Preis für die Kapitulation der Rebellen erklärte der Leiter des militärischen Nachrichtendienstes im September 2003 seinen Rücktritt. Vgl. The Washington Post, 30.7.2003, zit. in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 30.7.2003.

**121** Vgl. Défense-aérospatiale (Paris), 2.2.2004, zit. in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 2.2.2004.

bleme ihren Ausdruck in einem Konflikt zwischen Legislative und Judikative, als der Senat gegen jenen Richter am Obersten Gerichtshof ein Absetzungsverfahren einleitete, der Estrada 2001 für abgesetzt erklärt hatte. Einige Parlamentarier engagieren sich deshalb mittlerweile für die Einführung eines parlamentarischen Systems.<sup>122</sup> Präsidentin Arroyo versucht unterdessen, die drei Gewalten mit Hilfe eines nationalen »Pakts« zu versöhnen.<sup>123</sup>

## Birma

<b>Hauptstadt</b>	Rangun
<b>Einwohner</b>	53,6 Millionen
<b>Ethnische Zusammensetzung</b>	Burmesen 68%, Shan 9%, Karen 7%, Rakhin 4%, Chinesen 3%, andere Ethnien (u.a. Chin, Kachin, Wa, Mon) 9%
<b>BIP 2002</b>	30 Mrd. US-Dollar
<b>BIP pro Kopf 2002</b>	560 US-Dollar
<b>Wachstum 2001–2002</b>	5%
<b>Verteidigungsbudget 2002</b>	1,5 Mrd. US-Dollar (Schätzwert)
<b>Truppenstärke</b>	488 000 (einschließlich paramilitärischer Verbände)
<b>Politisches System</b>	Militärdiktatur
<b>Staatschef</b>	Than Shwe (seit 1992)
<b>Regierungschef</b>	Khin Nyunt (seit 2003)

Im Frühsommer 2002 zeigten sich erste Risse in jener politischen Frontstellung, die Birmas Politik seit mehr als zehn Jahren paralyisiert und seine wirtschaftliche Entwicklung massiv beeinträchtigt hatte. Nachdem Vertreter der Regierung mit der Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi über einen Zeitraum von 18 Monaten vertrauliche Gespräche geführt hatten, wurde ihr Hausarrest im Mai 2002 aufgehoben und Reisefreiheit im ganzen Land zugesichert. Darüber hinaus erhielt die von ihr geführte Oppositionsbewegung, die »National League for Democracy« (NLD) die Erlaubnis, landesweit Parteibüros zu eröffnen. Aung San Suu Kyi nutzte den neu gewonnenen Aktionsspielraum und unternahm mit logistischer Unterstützung der Militärs sieben Reisen in die verschiedensten Gebiete Birmas, wo sie neue Büros der NLD einweihte und ihre Anhänger dazu aufrief, sich weiterhin mutig für den

<sup>122</sup> Vgl. FEER, 9.10.2003, S. 16–17.

<sup>123</sup> Vgl. The Manila Times, 6.11.2003, zit. in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 5.11.2003.

Demokratisierungsprozeß zu engagieren.<sup>124</sup> Ansonsten vermied sie wie auch ihre politischen Gegenspieler jede gegenseitige Polemik.

Auch in der Außenpolitik ging die Regierung in die Offensive. Internationale Organisationen wie das Internationale Rote Kreuz (IRK), die Internationale Arbeitsorganisation (International Labour Organization, ILO) oder Amnesty international, mit denen Rangun lange Zeit jegliche Zusammenarbeit verweigert hatte, wurde es gestattet, Delegationen nach Birma zu entsenden, unabhängige Untersuchungen anzustellen oder – wie im Falle der ILO – eine permanente Vertretung einzurichten. Auch wenn sich ihre Berichte und Empfehlungen teilweise sehr kritisch mit der Situation in Birma auseinandersetzten, wies man sie nicht länger als grundlose Verleumdungen zurück, sondern würdigte sie als »positiven Schritt für die Entwicklung eines konstruktiven Dialogs über Menschenrechtsfragen«.<sup>125</sup> Die UNO und ihre jeweiligen Unterorganisationen, aber auch der amerikanische Kongreß und die US-Regierung wurden geradezu bedrängt, in der Drogenkontrolle und -bekämpfung intensiver mit der birmanischen Regierung zusammenzuarbeiten und gemeinsame Inspektionen vor Ort durchzuführen.<sup>126</sup>

Auf zwischenstaatlicher Ebene blieb Peking, das Rangun Ende 2002 neue Hilfen zusagte,<sup>127</sup> der wichtigste Bundesgenosse der birmanischen Militärregierung, die sich jedoch aus der einseitigen Fixierung auf die VR China zu lösen begann. Zum ersten Mal seit dem Militärputsch (1988) reiste im Juni 2003 ein birmanischer Außenminister nach Neu Delhi, das große Bereitschaft bekundete, die wirtschaftlichen Beziehungen wie auch die Verkehrsverbindungen zwischen beiden Ländern auszubauen. Nicht weniger erfolgreich umwarben die birmanischen Militärs die Nachbarländer Bangladesch und Thailand, deren Verhältnis mit Birma lange Zeit sehr konfliktbeladen war. Jenseits des unmittelbaren regionalen Umfelds fanden Birmas außenpolitische Initiativen vor allem in Japan

<sup>124</sup> Zu diesen Reisen Aung San Suu Kyis vgl. Hans-Bernd Zöllner, Lückenhafte Chronik eines sich ankündigenden Zusammenstoßes. Überlegungen zur Vorgeschichte der Vorgänge des 30. Mai in Nord-Myanmar, online: <<http://asienhaus.de/burma/analysen/lueckenhaftechronik.doc>>.

<sup>125</sup> Vgl. Myanmar Information Committee website, Rangun, 12.2.2003, zit. in: BBC, Monitoring Global Newline Asia Pacific Economic File (MGNAPPEF), 14.2.2003.

<sup>126</sup> Vgl. Myanmar Information Committee website, Rangun, 2.3.2003, zit. in: BBC, MGNAPPEF, 4.3.2003.

<sup>127</sup> Zu den einzelnen Unterstützungsleistungen der VR China vgl. Südostasien aktuell, Januar 2003, S. 28f.

positive Resonanz. Tokyo erließ Birma die aufgelaufenen Schulden und offerierte – wenn auch in bescheidenerem Maße als früher – Entwicklungshilfe.<sup>128</sup> Nur die EU und die USA hielten trotz intensiver Lobbyarbeit Ranguns an ihrer Sanktionspolitik fest und drohten sogar eine Verschärfung der Maßnahmen an, falls die Militärregierung sich weiterhin weigerte, substantielle Verhandlungen mit der Opposition aufzunehmen.<sup>129</sup>

Die Erfüllung dieser Forderung verweigerte die Regierung jedoch beharrlich. Die Oppositionspolitikerin Aung San Suu Kyi hatte in den ersten Monaten ihrer wiedergewonnenen Bewegungsfreiheit versucht, durch Konzilianz und Kooperationsbereitschaft in einen konstruktiven Dialog mit den Militärs einzutreten. Nach einiger Zeit mußte sie jedoch erkennen, daß die Militärregierung in ihr keine gleichberechtigte Gesprächspartnerin, sondern eine fehlgeleitete Gegnerin sah, die mit geduldiger Überzeugungsarbeit, wenn nötig aber auch mit Zwang auf den richtigen Weg gebracht werden mußte.<sup>130</sup>

Im Frühjahr 2003 traten diese Widersprüche immer offener zutage. Dies lag nicht zuletzt an einer weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage. Unwetter hatten im Herbst 2002 zu einer schlechten Ernte und einer drastischen Erhöhung der Reispreise geführt.<sup>131</sup> Nachdem die Inflation 2002 merklich zurückgegangen war, erlebte sie 2003 erneut einen rasanten Anstieg.<sup>132</sup> Mitte Februar 2003 versuchten Tausende von Birmanen, ihre Bankguthaben abzuheben, nachdem Gerüchte über eine drohende Zahlungsunfähigkeit einiger Privatbanken eine Massenpanik ausgelöst hatten. Diese Panikstimmung wurde weiter verstärkt durch eine von der Regierung verfügte Auszahlungsbegrenzung auf 50 US-Dollar pro Woche und das Verbot, über die Bankenkrise auch nur zu berichten.<sup>133</sup>

Die wirtschaftliche Not erhöhte wiederum die Erwartungen, die in die NLD bzw. ihre Führerin

gesetzt wurden. Aung San Suu Kyi forderte daher immer deutlicher und offensiver die Aufnahme jener substantiellen Verhandlungen, die im Mai 2002 in Aussicht gestellt worden waren. Das Militär setzte dagegen weiter auf Zermürbungstaktik. Durch Flüsterpropaganda, für die die Regierung jegliche Verantwortung ablehnte, wurde Aung San Suu Kyi als Person wie als Politikerin verunglimpft.<sup>134</sup> In vielen Orten, die Aung San Suu Kyi besuchte, organisierte der regierungsnahe Massenverband Union Solidarity and Development Association (USDA) Gegendemonstrationen, in deren Verlauf es zu ersten handgreiflichen Auseinandersetzungen kam.

Letztlich sah sich die Militärregierung vor die Alternative gestellt, den Forderungen der Opposition und deren ausländischen Sympathisanten nachzugeben oder den mit der Freilassung Aung San Suu Kyis begonnenen Öffnungsprozeß gewaltsam zu stoppen und damit auch außenpolitische Rückschläge in Kauf zu nehmen. Ende Mai 2003 wählte man die zweite Alternative. Nach einem gewaltsamen Zusammenstoß am 30. Mai zwischen Anhängern der NLD und der USDA, bei dem vier Tote und eine große Anzahl von Verletzten zu beklagen waren, wurden Aung San Suu Kyi und ihre Begleiter in »einstweilige Schutzhaft«<sup>135</sup> genommen und die Parteibüros der NLD geschlossen. Dieses Vorgehen rief selbst bei den Asean-Staaten offenen Protest hervor. Auf ihrer Außenministerkonferenz im Juni forderten sie in der Abschlußresolution die Freilassung Aung San Suu Kyis und die Fortsetzung der Dialogpolitik. Die EU setzte unverzüglich die für den Herbst angedrohte Verschärfung der Sanktionen in Kraft, und die USA verhängte einen kompletten Importstopp für Waren aus Birma.<sup>136</sup>

Dieser Boykott verschlechterte zwar die Lebensverhältnisse von 60 000 Arbeiterinnen, die ihre Arbeitsplätze in der exportorientierten Textilindustrie verloren, aber kaum die Position der Militärs.<sup>137</sup> Der Regierung in Rangun gelang es vielmehr relativ

<sup>128</sup> Vgl. Südostasien aktuell, Januar 2003, S. 26.

<sup>129</sup> Vgl. Agence France-Presse, 11.4.2003, zit. in: Burma-Nachrichten (Essen), 15.4.2003, online: <<http://asienhaus.de/burma>>.

<sup>130</sup> Vgl. hierzu *Zöllner*, Lückenhafte Chronik eines sich ankündigenden Zusammenstoßes [wie Fn. 124].

<sup>131</sup> Vgl. The Financial Times, 23.10.2002, S. 6.

<sup>132</sup> Nach Angaben der Asiatischen Entwicklungsbank lag die Inflationsrate bei 21,2%, inoffiziellen Angaben zufolge sogar bei 56,8%; vgl. Marco *Bünke*, Myanmar, in: *Ostasiatischer Verein* (Hg.), Wirtschaftshandbuch Asien-Pazifik, Hamburg 2003/2004, S. 362–377 (367).

<sup>133</sup> Vgl. FEER, 17.4.2003, S. 19.

<sup>134</sup> Vgl. Democratic Voice of Burma (Oslo), 5.2. und 5.3.2003, zit. in: BBC, MGNAPPF, 7.2. und 7.3.2003.

<sup>135</sup> Die Regierung betont immer wieder, daß es sich nur um »vorübergehende« Maßnahmen handelt. Sie nennt jedoch keinen Zeitpunkt für deren Beendigung.

<sup>136</sup> Zu den internationalen Reaktionen vgl. Burma-Nachrichten [wie Fn. 129], 25.6.2003.

<sup>137</sup> Wirtschaftsexperten gehen davon aus, daß das Militär nur etwa 10 Mio. US-Dollar aus der Textilindustrie bezieht, während die Öl- und Gasindustrie sowie der Edelsteinhandel die lukrativsten Einnahmequellen des Militärs darstellen. Xinhua News Agency, 23.10.2003, zit. in: Burma-Nachrichten [wie Fn. 129], 29.10.2003 und FEER, 16.10.2003, S. 14.

schnell, ihre Kritiker innerhalb der Asean zu besänftigen: durch personelle Veränderungen in der Führungsspitze<sup>138</sup> und das Vorlegen eines eigenen »Sieben-Punkte-Fahrplans«,<sup>139</sup> der als ersten Schritt die Wiederberufung der 1995 aufgelösten Nationalversammlung vorsieht. Wichtigste Aufgabe dieser Nationalversammlung würde es dann sein, eine Verfassung auszuarbeiten und freie und faire Wahlen vorzubereiten, aus denen dann eine neue und demokratisch legitimierte Regierung hervorgehen würde. Bei der Opposition stieß dieser Vorschlag auf weitgehende Ablehnung, da er in allen wichtigen Punkten – so zum Beispiel in der Frage, in welchem Verhältnis die NLD und die ethnischen Gruppierungen an diesem Prozeß beteiligt werden sollen – äußerst vage bleibt und keinen Zeitplan für den Übergangsprozeß vorgibt. Auf dem Asean-Gipfel im Oktober ernteten die Generäle jedoch Lob für die »positive« innenpolitische Entwicklung und für die von ihnen vorgelegte »road map«.<sup>140</sup>

Als in dem darauffolgenden Monat Indiens Vize-Präsident Birma einen Staatsbesuch abstattete, enthielt er sich ebenfalls jeglicher Kritik an der Regierungspolitik und bekundete statt dessen seine nachdrückliche Unterstützung für deren Politik der nationalen Aussöhnung.<sup>141</sup>

Das offenkundige Scheitern der von der Asean initiierten Strategie des »konstruktiven Engagements« wie auch der Sanktionspolitik der EU und der USA haben die Notwendigkeit einer neuen Politik gegenüber Birma sehr deutlich gezeigt: Wichtig wäre, Druck und Kooperationsangebote nicht als sich gegenseitig ausschließende, sondern sich ergänzende Komponenten einer Strategie zu begreifen und in sehr viel stärkerem Maße als bisher auf die Verbesserung der materiellen Lebenssituation der birmanischen Bevölkerung abzielen.<sup>142</sup> Eine Fortsetzung oder gar Verschärfung der Isolationspolitik könnte dagegen dazu

führen, daß sich die birmanischen Militärs an dem Beispiel der atomaren Erpressungspolitik Nordkoreas orientieren. Eine in jüngster Zeit zu beobachtende Intensivierung der militärischen Beziehungen zwischen Rangun und Pyöngyang weist auf diese Gefahr hin.<sup>143</sup>

## Kambodscha

<b>Hauptstadt</b>	Phnom Penh
<b>Einwohner</b>	12,5 Millionen
<b>Ethnische Zusammensetzung</b>	Khmer 90%, Vietnamesen 5%, Chinesen 1%, andere Ethnien 4%
<b>BIP 2002</b>	3,68 Mrd. US-Dollar
<b>BIP pro Kopf</b>	280 US-Dollar
<b>Wachstum 2001–2002</b>	4,5%
<b>Verteidigungsbudget 2002</b>	76 Mio. US-Dollar
<b>Truppenstärke</b>	125 000
<b>Politisches System</b>	parlamentarische Monarchie
<b>Staatsoberhaupt</b>	König Norodom Sihanouk (seit 1993)
<b>Regierungschef</b>	Hun Sen (seit 1998)

Kambodscha ist in seiner wirtschaftlichen Entwicklung weit hinter seinen Möglichkeiten und Erfordernissen zurückgeblieben, obwohl das Land im Jahr 2002 in dem von der UNDP herausgegebenen Human Development Index von »low« auf »medium development« heraufgestuft wurde<sup>144</sup> und seine niedrige Inflationsrate sowie seine Aufnahme in die Welthandelsorganisation (World Trade Organization, WTO) im September 2003 als eines der ersten Entwicklungsländer allgemeine Anerkennung fanden.

Hatte der Anstieg des BIP 1999 noch bei 7 Prozent gelegen, ist diese Rate seitdem kontinuierlich gesunken und erreichte im Jahr 2002 4,5 Prozent. Dieses Wachstum wurde im wesentlichen in der Textilindustrie und im Tourismus erwirtschaftet, die Zuwachsraten zwischen 20 und 30 Prozent aufwiesen und 2002 mehr als 50 Prozent des BIP ausmachten.<sup>145</sup> Der Agrarsektor, der etwa 80 Prozent der kambodschanischen Bevölkerung als Lebensgrundlage dient, erlebte dagegen eine empfindliche Rezession und trägt inzwischen weit weniger als die Hälfte zum BIP bei.

**138** So wurde Ende August General Khin Nyunt, der im Ausland als dialogbereit und diplomatisch versiert gilt, zum Ministerpräsidenten ernannt. Sein Auftreten auf dem Asean-Gipfel im Oktober trug wesentlich zur erneuten Verbesserung des Images der Militärjunta bei.

**139** Text dieser Sieben-Punkte-»road map« in: Südostasien aktuell, September 2003, S. 430.

**140** Vgl. The Economist, 11.10.2003, S. 63.

**141** Vgl. The New Light of Myanmar (Rangun), 5.11.2003, zit. in: BBC, MGNAPPF, 6.11.2003.

**142** Einige Vorschläge für die Formulierung einer solchen Strategie finden sich in: Gerhard *Will*, Wege aus der Isolation. Birmas nationaler und internationaler Aussöhnungsprozeß, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, August 2003 (S 36/03), S. 22ff.

**143** Vgl. FEER, 20.11.2003, S. 22–24.

**144** Vgl. Oskar *Weggel*, Kambodscha, in: *Ostasiatischer Verein* (Hg.), Wirtschaftshandbuch Asien-Pazifik 2003/2004, Hamburg 2003, S. 238–255 (243).

**145** Vgl. FEER, 25.9.003, S. 61, und Dow Jones International News, 27.8.2003.



Die Reisproduktion, die zwischen 1995 und 2000 von 3 auf 4 Millionen Tonnen gesteigert werden konnte, verringerte sich im Jahr 2002 um etwa 5 Prozent; die Fisch- und Kautschukexporte fielen sogar um fast 50 Prozent zurück.<sup>146</sup> Nur Holzexporte, die auf Kosten einer weiteren Vernichtung wertvoller Waldflächen gingen, konnten ein noch stärkeres Absinken der landwirtschaftlichen Exporte verhindern.<sup>147</sup>

Die kambodschanische Regierung führte diese Rückschläge vor allem auf die extrem ungünstigen Witterungsbedingungen zurück.<sup>148</sup> Dies erklärt indes nur einen Teil des Problems, denn die Nachbarländer konnten trotz vergleichbarer Witterungsbedingungen ihre Agrarproduktion steigern. Schwerer wiegt, daß Kambodschas Landwirtschaft nach wie vor sehr ineffizient organisiert ist und unter einer äußerst mangelhaften Infrastruktur leidet. Der Konkurrenz billiger Agrarimporte, denen Phnom Penh durch den WTO-Beitritt zumindest seine prinzipielle Zustimmung erteilt hat, ist sie daher in keiner Weise gewachsen.

Im Sommer 2003 fanden in Kambodscha die dritten Parlamentswahlen seit 1993 statt, die von den meisten internationalen Wahlbeobachtern trotz vieler Mängel bei der Wählerregistrierung und einiger politisch motivierter Morde während des Wahlkampfs positiver beurteilt wurden als die vorangegangenen Wahlen.<sup>149</sup> Ihr Ergebnis trug allerdings wenig zur politischen Stabilisierung bei. Die kambodschanische Volkspartei (KVP) des amtierenden Ministerpräsidenten Hun Sen errang mit 73 Sitzen die absolute Mehrheit, während die von Prinz Ranariddh geführte FUNCINPEC<sup>150</sup> 26 und die von dem früheren Finanzminister Sam Rainsy gegründete Sam-Rainsy-Partei 24 Sitze erhielt. Gemäß der 1993 verabschiedeten Verfassung muß die Regierung jedoch über eine Zweidrittel-Mehrheit verfügen. Trotz massiver Einschüchterungsversuche weigerten sich die FUNCINPEC und die Sam-Rainsy-Partei drei Monate lang, einer Koalitionsregierung unter Führung

Hun Sens beizutreten. König Sihanouk gelang es schließlich am 5. November 2003, alle drei Parteien zur Bildung einer Koalition zu bewegen.<sup>151</sup> Das Scheitern der vorangegangenen Koalitionsregierungen gibt indes wenig Anlaß zu der Hoffnung, daß diese neue Koalitionsregierung erfolgreicher sein wird als ihre Vorgänger.

Denn derartige Vereinbarungen, die auf höchster Ebene und nicht zuletzt unter dem vollen Einsatz der Autorität des Königs geschlossen werden, ändern nichts an den innenpolitischen Machtverhältnissen, die in Kambodscha weniger durch Wahlen als durch wirtschaftliche Abhängigkeitsverhältnisse bestimmt werden. In einem Land, in dem die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in bitterster Armut lebt, kann mit relativ geringen Mitteln politische Loyalität erkaufte werden. Hun Sen hat es bisher meisterhaft verstanden, mit Hilfe seiner Partei und dem staatlichen Verwaltungsapparat ein feinmaschiges Netz derartiger Verpflichtungen über das Land zu legen, in das auch Programme internationaler Hilfs- und Finanzierungsorganisationen eingespannt werden. So stornierte die Weltbank 2002 ein Programm zur Reduzierung der kambodschanischen Streitkräfte, nachdem offenkundig geworden war, daß ein Großteil der dafür vorgesehenen Mittel in die Taschen von Regierungsvertretern bzw. an Gefolgsleute der Regierungspartei geflossen war.<sup>152</sup> Wo materielle Anreize nicht zum Ziel führen, wird brutale physische Gewalt angewandt. Während der Auseinandersetzung um die Bildung der neuen Regierung bzw. die Wiederwahl Hun Sens wurden allein im Herbst 2003 mehrere Persönlichkeiten auf offener Straße ermordet, die sich öffentlich für die Opposition engagiert hatten.<sup>153</sup>

Da die internationale Gemeinschaft nahezu die Hälfte des kambodschanischen Staatshaushalts finanziert, kommt ihr auch eine besondere Verantwortung für die innenpolitische Entwicklung dieses Landes zu, der sie bislang allerdings nur unzureichend nachgekommen ist. Obwohl auf der internationalen Geberkonferenz im Juni 2002 mehrfach moniert wurde, daß verbindlich zugesagte Reformen nicht oder völlig unzureichend durchgeführt worden seien, erhielt die

**146** Nahezu 700 000 Kambodschaner waren von akuter Hungersnot bedroht und mußten mit internationalen Hilfslieferungen versorgt werden. Vgl. Südostasien aktuell, Januar 2003, S. 59.

**147** Vgl. International Herald Tribune, 21.6.2002, S. 2.

**148** Vgl. Südostasien aktuell, Januar 2003, S. 59.

**149** Vgl. Norbert von *Hofmann*, Nationalwahlen in Kambodscha oder die Schwierigkeiten im Umgang mit der Demokratie, in: Friedrich-Ebert-Stiftung, Kurzberichte aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Asien und Pazifik, 15.8.2003, <<http://www.fes.de/asien>>.

**150** Die Partei »Front Uni pour un Cambodge Indépendant, Neutre et Coopératif« wurde 1981 von König Sihanouk gegründet.

**151** Vgl. Television Kampuchea, Phnom Penh, 5.10.2003, zit. in: BBC, MGNAPPF, 6.11.2003.

**152** Vgl. Robert *Kaniol*, Cambodia's Military Mire, in: Jane's Defence Weekly, 40 (13.8.2003) 6, S. 21.

**153** Vgl. Associated Press, 22.10.2003, zit. in: <<http://www.camnews-cambodia.org>>.

kambodschanische Regierung 635 Millionen US-Dollar; 25 Prozent mehr, als sie verlangt hatte.<sup>154</sup>

Die mit dieser Hilfszusage verknüpfte Forderung, nun endlich »spürbare Fortschritte« im Reformprozeß zu erzielen, beeindruckte die Regierung in Phnom Penh offenbar nicht allzu stark. Die Umweltorganisation Global Witness, die von den Geberländern den Auftrag erhalten hatte, den Holzeinschlag zu kontrollieren und eine weitere illegale Abholzung zu verhindern, wurde im Januar 2003 schlicht außer Landes verwiesen.<sup>155</sup> Ebenso erfolgreich widersetzte man sich der Forderung nach einem international akzeptablen Gerichtsverfahren, in dem sich die ehemaligen Führer der Khmer Rouge verantworten sollen. Nach zähen Verhandlungen unterzeichnete Phnom Penh zwar eine Vereinbarung mit der UN über die Bildung eines Gerichtshofes, der für dieses Verfahren speziell eingerichtet und mit drei kambodschanischen und zwei ausländischen Richtern besetzt sein wird.<sup>156</sup> Zahlreiche Beobachter, darunter UN-Generalsekretär Kofi Annan, haben jedoch deutliche Zweifel geäußert, ob ein solcher Gerichtshof die notwendige juristische Unabhängigkeit gewährleisten kann.<sup>157</sup> Wie bereits in anderen Fragen haben auch in dieser Frage mehrere Faktoren dazu geführt, daß sich die kambodschanische Regierung einen internationalen Aktionspielraum verschaffen konnte, den sie ebenso konsequent wie skrupellos nutzt: Von zentraler Bedeutung ist die nahezu uneingeschränkte Unterstützung durch die VR China, die Unfähigkeit der Geberländer, sich auf eine gemeinsame Strategie zu einigen, sowie der Mangel an einer realistischen Alternative zur Regierung in Phnom Penh. Darüber hinaus bot der Asean-Vorsitz, den Kambodscha turnusgemäß in der zweiten Jahreshälfte 2002 übernommen hatte, Ministerpräsident Hun Sen eine willkommene Gelegenheit, als Gastgeber des Asean-Gipfels und des Asian Regional Forums seinen außenpolitischen Ambitionen Ausdruck zu verleihen und sich international zu profilieren.

Wie fragil jene so oft beschworene Asean-Solidarität ist, zeigte sich nur zwei Monate nach dem Asean-Gipfel 2003. Die angebliche Äußerung der auch in Kambodscha sehr bekannten thailändischen Sängerin Suwanan Khongying, das Königreich habe sich Angkor

Wat widerrechtlich angeeignet und müsse es daher an Thailand zurückgeben,<sup>158</sup> wurde zunächst durch wütende Repliken Hun Sens zu einer nationalen Bedrohung Kambodschas hochstilisiert. Als wenig später gewalttätige Demonstranten die thailändische Botschaft in Phnom Penh sowie in thailändischem Besitz befindliche Hotels und Geschäfte in Brand steckten, sah die kambodschanische Polizei lange Zeit tatenlos zu.<sup>159</sup> Durch intensive diplomatische Bemühungen, eine offizielle Entschuldigung der kambodschanischen Regierung und eine Entschädigung von 50 Millionen US-Dollar konnte der Konflikt schließlich offiziell beigelegt werden. Aber die nach den Ausschreitungen festgenommenen Rädelsführer wurden wenige Monate später von einem kambodschanischen Gericht wegen mildernder Umstände freigesprochen.<sup>160</sup>

<sup>154</sup> Vgl. FAZ, 24.6.2002, S. 14.

<sup>155</sup> Vgl. Pressemitteilung von Global Witness vom 22.4.2003, zit. in: <<http://www.camnews-cambodia.org>>.

<sup>156</sup> Vgl. Kyodo News Service (Tokyo), 17.3.2003, zit. in: BBC, MGNAPPF, 18.3.2003.

<sup>157</sup> Vgl. FEER, 8.5.2003, S. 7.

<sup>158</sup> Die zu Beginn des 12. Jahrhunderts errichtete Tempelanlage Angkor Wat ist das nationale Symbol Kambodschas. Im Verlauf des Verfalls des Khmerreiches im 18. Jahrhundert geriet das Gebiet um Angkor Wat für mehr als hundert Jahre unter thailändische Herrschaft. Nachdem Frankreich seine Protektoratsherrschaft in Kambodscha errichtet hatte, zwang es Thailand, dieses Gebiet wieder an Kambodscha zurückzugeben.

<sup>159</sup> In einem Bericht des US State Departments über diese Vorfälle wurde der kambodschanischen Regierung vorgeworfen, durch ihre »verantwortungslose und nationalistische Rhetorik« diese Ausschreitungen angestachelt zu haben. Vgl. FEER, 22.5.2003, S. 10.

<sup>160</sup> Vgl. Bangkok Post (Bangkok), 17.9.2003, S. 2.

## Laos

<b>Hauptstadt</b>	Vientiane
<b>Einwohner</b>	6,1 Millionen
<b>Ethnische Zusammensetzung</b>	Laoten 65%; die übrige Bevölkerung setzt sich aus mehr als 60 unterschiedlich großen Ethnien zusammen
<b>BIP 2002</b>	1,8 Mrd. US-Dollar
<b>BIP pro Kopf 2002</b>	310 US-Dollar
<b>Wachstum 2001–2002</b>	4,5%
<b>Verteidigungsbudget</b>	16 Mio. US-Dollar
<b>Truppenstärke</b>	29 700 (Heer 25 600, Fluß-Marine 600, Luftwaffe 3 500)
<b>Politisches System</b>	Einparteienstaat
<b>Staatsoberhaupt</b>	Khamtai Siphandon (seit 1998)
<b>Regierungschef</b>	Bounyang Vorachit (seit 2001)

Laos hatte sich zunächst überraschend schnell von den negativen Auswirkungen der Asienkrise erholt, die auch dieses Land aufgrund seiner starken wirtschaftlichen Abhängigkeit von Thailand in Mitleidenenschaft gezogen hatte. Im Jahr 2002 lag die Zuwachsrate des BIP noch zwischen 4 und 5 Prozent.<sup>161</sup> Aber diese Rate nimmt seit 1999, als sie noch 7,3 Prozent betragen hatte, kontinuierlich ab. Noch deutlicher spiegelt sich der Rückgang der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in der Außenhandelsstatistik wider. Ein Rückgang der Exporte (320 Mio. US-Dollar) um 2 Prozent und ein Anstieg der Importe (535 Mio. US-Dollar) um 1,3 Prozent vergrößerten das Defizit der Außenhandelsbilanz, das sich inzwischen auf mehr als 12 Prozent des BIP beläuft.<sup>162</sup>

Hinter diesem Rückgang des Wirtschaftswachstums, das in auffallendem Gegensatz zur wirtschaftlichen Entwicklung in den Nachbarländern China, Vietnam und Thailand steht, verbergen sich strukturelle Schwächen der laotischen Wirtschaft, die trotz des lautstark bekundeten Reformwillens nahezu unverändert fortbestehen. Noch immer lebt die überwiegende Mehrheit der laotischen Bevölkerung in subsistenzwirtschaftlichen Verhältnissen; die Armutsrate auf dem Lande liegt bei über 40%.<sup>163</sup> Programme zur

Armutsbekämpfung, die sich das ehrgeizige Ziel gesteckt hatten, diese Rate bis 2005 zu halbieren und dieses Problem bis 2020 gänzlich zu beseitigen, haben bislang nur wenig Erfolg gehabt, obgleich Laos zu jenen Ländern gehört, die – gemessen an ihrer Einwohnerzahl – relativ viel Entwicklungshilfe erhalten.<sup>164</sup> Leider fließt ein Großteil dieser Mittel nicht in die Förderung kleinerer Projekte zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Infrastruktur oder kleiner und mittlerer Betriebe, sondern in kapitalintensive Großprojekte, wie zum Beispiel den Bau einer Transitstraße zwischen China und Thailand, die sicherlich den chinesisch-thailändischen Handel fördern, aber Laos selbst wenig unmittelbaren wirtschaftlichen Nutzen bringen wird.<sup>165</sup>

Als wesentlich gewinnbringender erweisen sich dagegen Investitionen, die der Stromerzeugung durch Wasserkraft dienen. Mit seinen Elektrizitätsausfuhren nach Thailand erwirtschaftet Laos nahezu ein Drittel seiner Exporteinnahmen.<sup>166</sup> Neben den Energieexporten ist der Tourismus der wichtigste Devisenbringer. Der 11. September 2001, der in den muslimisch geprägten Ländern zu einem drastischen Rückgang der Touristenzahlen geführt hatte, bewirkte in Laos einen umgekehrten Effekt: 2002 kamen an die 850 000 Touristen ins Land, 20 Prozent mehr als im vorangegangenen Jahr.<sup>167</sup> 2003 war allerdings ein deutlicher Rückgang der Touristenzahlen zu beobachten.<sup>168</sup> Hauptursache waren eine Reihe von bewaffneten Überfällen auf Reisebusse, bei denen mehrere Laoten und ausländische Touristen getötet wurden. Die Regierung in Vientiane machte kriminelle Banden für diese Verbrechen verantwortlich.<sup>169</sup>

Einige Beobachter sehen in diesen Überfällen auch das Werk ethnischer Gruppen, vor allem der Hmong, die nach wie vor mit Waffengewalt gegen die Regie-

definiert, wenn ihr pro Tag weniger als 1 US-Dollar zum Lebensunterhalt zur Verfügung steht. Zur Armut und deren Bekämpfung vgl. Südostasien aktuell, Mai 2003, S. 254f.

<sup>164</sup> Allein 2002 erhielt Laos 238 Mio. US-Dollar an nicht-rückzahlbarer Hilfe und 140 Mio. US-Dollar an weichen Krediten; das entspricht 24 Prozent des laotischen BIP bzw. 558 US-Dollar pro Einwohner. Vgl. Carlyle A. *Thayer*, Laos in 2002, in: Asian Survey, 43 (Januar/Februar 2003) 1, S. 120–126 (122), und International Herald Tribune, 11.3.2002, S. 2.

<sup>165</sup> Vgl. The Financial Times, 15.10.2003, S. 3.

<sup>166</sup> Vgl. Südostasien aktuell, Januar 2003, S. 67.

<sup>167</sup> Vgl. *Weggel*, Laos [wie Fn. 162], S. 301.

<sup>168</sup> Vgl. FEER, 3.7.2003, S. 45.

<sup>169</sup> Vgl. BBC News, 21.4.2003, zit. in: BBC, MGNAPPF, 21.4.2003.

<sup>161</sup> In den Statistiken der Weltbank wird eine Wachstumsrate von 5 Prozent ausgewiesen, während die FEER (7.11.2002, S. 49) die Angaben der laotischen Regierung zitiert und 4 Prozent nennt.

<sup>162</sup> Vgl. Oskar *Weggel*, Laos, in: *Ostasiatischer Verein* (Hg.), Wirtschaftshandbuch Asien-Pazifik 2003/2004, Hamburg 2003, S. 293–307 (301).

<sup>163</sup> Nach Kriterien der Weltbank wird eine Person als »arm«

zung vorgehen.<sup>170</sup> Wie Vientiane mit diesem Thema umgeht, zeigt die Verhaftung zweier westlicher Journalisten und ihres Dolmetschers, die in der »Ebene der Tonkrüge« diesen Auseinandersetzungen nachrecherchiert hatten.<sup>171</sup> Wenige Wochen nach ihrer Verhaftung wurden sie Ende Juni in einem Schnellverfahren zu 15 Jahren Haft verurteilt, aber aufgrund weltweiter Proteste zehn Tage später des Landes verwiesen. Dieser Vorfall lenkte indes erneut die internationale Aufmerksamkeit auf die in Laos noch völlig ungelöste ethnische Frage. Die laotische Führung hat dieses Problem mehr oder weniger verdrängt und sich mit der Kontrolle über das Mekong-Tal begnügt. Doch zunehmende soziale Mobilität und die Konkurrenz um wirtschaftliche Ressourcen verschärfen auch die ethnischen Konflikte, zumal die Regierung über kein tragfähiges Konzept für eine wirkliche Integration der verschiedenen Ethnien in den laotischen Staatsverband verfügt.

Auch auf andere innenpolitische Herausforderungen reagierte die regierende Laotische Revolutionäre Volkspartei (LRVP) wenig innovativ. Ähnlich wie in der Volksrepublik China und der Sozialistischen Republik Vietnam versucht die Partei durch den Rückgriff auf nationale Parolen und Leitbilder<sup>172</sup> wie auch durch die rigorose Einschränkung der Pressefreiheit<sup>173</sup> ihr politisches Führungsmonopol zu verteidigen. Doch dieser Führungsanspruch wird durch die von der Partei initiierte Politik der wirtschaftlichen Reformen bzw. die Ausweitung des privaten Wirtschaftssektors tagtäglich unterminiert. Denn der Zugang zu besseren Lebensbedingungen ist nicht länger an uneingeschränkte Loyalität gegenüber der Partei, sondern an den Besitz von Geld geknüpft. Nicht wenige Kader sind daher den Versuchungen der Korruption erlegen und stehen nicht länger als verlässliche Instrumente der Partei und Regierung zur Verfügung.

170 Vgl. Taipei Times (Taipei), 23. 6. 2003, S. 5, online <<http://www.taipeitimes.com>>.

171 Vgl. The Economist, 5.7.2003, S. 58.

172 So wurde am 15. Januar 2003 in der Volksrepublik Laos mit großem propagandistischem Aufwand des 650. Jahrestags der Gründung der laotischen Monarchie gedacht. 1977 hatten die laotischen Kommunisten jedoch den letzten laotischen Monarchen in ein Umerziehungslager verbracht, wo er – offiziellen Verlautbarungen zufolge – 1980 verstarb. Vgl. Südostasien aktuell, Januar 2003, S. 63.

173 In einem Bericht vom 20.10.2003 stufte die französische Organisation »Reporters sans frontières« Nordkorea, Birma und Laos als die Länder Asiens ein, in denen die Presse den stärksten Einschränkungen unterliegt. Text des Berichts online <<http://www.rsf.org>>.

In der EU wie auch in den USA hat diese Verschärfung der innenpolitischen Repression die Beziehungen zu Laos erheblich belastet. Verhandlungen über die Gewährung von Normal Trade Relations<sup>174</sup> zwischen Laos und den USA wurden wieder auf Eis gelegt.<sup>175</sup> Und viele EU-Mitglieder, allen voran Frankreich, haben unverhohlen mit der Einschränkung ihrer Entwicklungshilfeleistungen gedroht. Eine sehr viel positivere Resonanz fand die laotische Regierung bei ihren Nachbarländern. Die stets sehr engen Beziehungen zwischen Vientiane und Hanoi wurden auf den verschiedensten Ebenen und in vielen Bereichen intensiviert.<sup>176</sup> Um einer allzu einseitigen Abhängigkeit von Vietnam zu entgehen, hat man aber auch das Verhältnis zur VR China weiter ausgebaut und von dort beträchtliche materielle Unterstützung bekommen. Wichtigster Außenhandelspartner ist nach wie vor Thailand, obgleich die historische Rivalität zwischen beiden Ländern und ungelöste Grenzprobleme immer wieder zu Spannungen geführt haben.

## Vietnam

<b>Hauptstadt</b>	Hanoi
<b>Einwohner</b>	82,2 Millionen
<b>Ethnische Zusammensetzung</b>	Vietnamesen 84%, Chinesen 3%, die restliche Bevölkerung besteht überwiegend aus Bergvölkern unterschiedlicher Ethnien
<b>BIP 2002</b>	35,28 Mrd. US-Dollar
<b>BIP pro Kopf 2002</b>	430 US-Dollar
<b>Wachstum 2001–2002</b>	7%
<b>Verteidigungsbudget 2002</b>	1 Mrd. US-Dollar
<b>Truppenstärke (aktiv)</b>	484 000
<b>Politisches System</b>	Einparteienstaat
<b>Staatsoberhaupt</b>	Tran Duc Luong (seit 1997)
<b>Regierungschef</b>	Phan Van Khai (seit 1997)

Vietnam verzeichnete neben der VR China in den Jahren 2002 und 2003 die höchsten wirtschaftlichen Wachstumsraten in Ostasien. Das Bruttosozialprodukt stieg pro Jahr um etwa 7 Prozent, die Industrieproduktion sogar um mehr als 14 Prozent.<sup>177</sup> Hatten Vietnams

174 D.h. die Gewährung der Meistbegünstigungsklausel im Sinne einer Gleichbehandlung aller ausländischen Waren.

175 Vgl. Asian Wall Street Journal, 11.9.2003, S. A7.

176 Vgl. Thayer, Laos in 2002 [wie Fn. 164], S. 124.

177 Vgl. Financial Times, 1.4.2003, zit. in: Vietnam News List, <<http://coombs.anu.edu.au/~vern/vnnews-list.html>>, 3.4.2003.

Exporte in den vorangegangenen Jahren unter dem Verfall der Weltmarktpreise gelitten, so konnte im Jahr 2003 aufgrund gestiegener Preise zum Beispiel für Rohöl, Kaffee, Pfeffer oder Kautschuk eine Steigerung der Exporterlöse um mehr als 18 Prozent erzielt werden, obgleich die ausgeführten Mengen sich nur zwischen 4 und 6 Prozent erhöht hatten.<sup>178</sup> Gleichzeitig war es gelungen, die Armutsrate – noch Mitte der neunziger Jahre galten mehr als 50% aller vietnamesischen Haushalte als arm – auf etwa 30% zu senken.<sup>179</sup> Diese Leistungen wurden von Vietnams Geberländern anerkannt, die auf ihrer gemeinsamen Konferenz im Dezember 2002 ihre Transferleistungen um 4,5 Prozent auf 2,5 Milliarden US-Dollar anhoben.<sup>180</sup>

Ohne die oben zitierten Erfolgsmeldungen in Abrede zu stellen, weisen jedoch viele Analysten auf anhaltende Schwächen der Wirtschaftsentwicklung Vietnams hin.<sup>181</sup> Nach wie vor kommen über 50 Prozent aller Investitionen den staatlichen Industriebetrieben zugute, deren Anteil an der gesamten Industrieproduktion nur mehr bei 37 Prozent und an der Anzahl der seit 1998 neu geschaffenen Arbeitsplätze bei 2 Prozent liegt.<sup>182</sup> Hinzu kommt, daß zahlreiche Unternehmen Güter wie Zement, Stahl oder Papier zu Kosten produzieren, die weit über den Weltmarktpreisen liegen.<sup>183</sup>

Umgekehrt finden private Industriebetriebe, die seit 1999 eine jährliche Zuwachsrate von 20 Prozent zu verzeichnen hatten und allein zwischen 2000 und 2002 1,75 Millionen neuer Arbeitsplätze bereitgestellt haben,<sup>184</sup> noch immer unzureichende Rahmenbedingungen vor. Private Unternehmer werden zwar nicht länger als »Ausbeuter« betrachtet, und auch Mitglie-

dern der Kommunistischen Partei Vietnams (KPV) ist es inzwischen offiziell gestattet, sich als private Unternehmer zu betätigen, aber es fehlt meist an günstigen Krediten, geeigneten Grundstücken,<sup>185</sup> verbindlichen rechtlichen Regelungen sowie staatlichen Förderprogrammen für die Entwicklung privater Unternehmen.

Darüber hinaus wird Vietnams wirtschaftliche Entwicklung im zunehmenden Maße von internationalen Faktoren bzw. von seiner Fähigkeit bestimmt, sich gegenüber ausländischer Konkurrenz zu behaupten und sein Wirtschaftssystem internationalen Normen anzupassen. Die Realisierung der zwischen den Asean-Staaten vereinbarten Asian Free Trade Area (Afta) sowie der im November 2001 von den Asean-Staaten und der VR China anvisierten Freihandelszone (siehe unten, S. 36) wird Vietnam jener protektionistischen Maßnahmen berauben, mit denen es bislang wenig wettbewerbsfähige, aber kostenintensive Industriezweige am Leben erhalten hat.

Eine noch größere Herausforderung stellt der für 2005 in Aussicht genommene WTO-Beitritt dar. Spätestens seit der im November 2001 erfolgten Aufnahme der VR China in die WTO dürfte man sich in Hanoi darüber klar geworden sein, daß ein weiteres Hinausschieben des Beitrittstermins erhebliche wirtschaftliche Nachteile nach sich ziehen würde. Doch um dieses Ziel zu erreichen, sind umfangreiche und schmerzhaft Umstrukturierungen notwendig.<sup>186</sup> Vietnams Wirtschaft muß sich auch in sensiblen Bereichen wie zum Beispiel dem IT-Sektor oder dem Banken- und Versicherungswesen der ausländischen Konkurrenz öffnen. Wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse müssen transparenter, eine unabhängige Rechtsprechung muß gewährleistet werden. Der WTO-Beitritt bedeutet aber auch, daß die staatlichen Einnahmen, die bislang fast zu einem Drittel aus Einfuhrzöllen bestehen, völlig neu organisiert werden müssen. Selbst wenn man voraussetzt, daß der politische Wille für diese tiefgreifenden Veränderungen vorhanden ist, so ist doch eine erhebliche Verbesserung der Kompetenz, Kohärenz und Kooperation der

**178** Vgl. Xinhua News Agency, 21.10.2003, zit. in: Vietnam News List, <<http://coombs.anu.edu.au/~vern/vnnews-list.html>>, 22.10.2003, und Financial Times, 26.8.2003, zit. in: Vietnam News List, <<http://coombs.anu.edu.au/~vern/vnnews-list.html>>, 30.8.2003.

**179** Vgl. *Tuoi Tre*, 16.7.2003, zit. in: Vietnam News List, <<http://coombs.anu.edu.au/~vern/vnnews-list.html>>, 20.7.2003.

**180** Vgl. Vietnam News Agency, 11.12.2002, zit. in: BBC, MGNAPF, 14.12.2002.

**181** Vgl. David O. *Dapice*, Viet Nam's Economy: Success Story or Weird Dualism? A SWOT Analysis. A Special Report Prepared for UNDP & Prime Minister's Research Commission, Hanoi 2003.

**182** Ebd., S. 6.

**183** Zu der unverkäuflichen Überproduktion in der Stahlindustrie vgl. Vietnam Economic Times (Hanoi), 29.5.2003, zit. in: Vietnam News List, <<http://coombs.anu.edu.au/~vern/vnnews-list.html>>, 1.6.2003.

**184** Vgl. *Dapice*, Viet Nam's Economy [wie Fn. 181], S. 2.

**185** Der Staat hat zwar viele Industrieparks errichtet, die nur zu 45 Prozent ausgelastet sind, aber die dort verlangten Mieten sind für die vielen kleinen Privatbetriebe zu hoch. Vgl. FEER, 23.10.2003, S. 52.

**186** Vgl. hierzu im einzelnen Uwe *Schmidt*, Roadmap for Vietnam's Accession to the WTO. A Contribution to a Rational Approach in Trade Liberalization, Duisburg: Institut für Frieden und Entwicklung, 2003 (Report Nr. 66).

verschiedenen Verwaltungsebenen erforderlich, soll diese Herausforderung erfolgreich gemeistert werden.

Bei der raschen Bewältigung der SARS-Krankheit im Frühjahr 2003 hat der vietnamesische Staat seine Fähigkeit unter Beweis gestellt, auf akute Herausforderungen schnell und adäquat zu reagieren. Daher konnte im Unterschied zur VR China eine epidemieartige Ausbreitung dieser Krankheit in Vietnam verhindert werden. Nach wie vor mangelt es jedoch dem vietnamesischen Staat und seiner Verwaltung an der Bereitschaft und Fähigkeit, auf politische Herausforderungen angemessen zu reagieren und sich mit oppositionellen Kräften inhaltlich auseinanderzusetzen.<sup>187</sup> Allein für die Übersetzung eines Artikels aus der Website des amerikanischen State Departments mit dem Titel »Was ist Demokratie?« ins Vietnamesische und dessen Veröffentlichung im Internet wurde eine Haftstrafe von dreizehn Jahren verhängt, die später auf fünf Jahre Haft plus drei Jahre Hausarrest verkürzt wurde.<sup>188</sup>

Christliche Gemeinden im zentralen Hochland berichten, daß sie weiterhin gezwungen wurden, öffentlich ihren religiösen Überzeugungen abzuschwören, und daß Pfarrer »verschwunden« seien.<sup>189</sup> Noch im April 2003 hatte Ministerpräsident Phan Van Khai vor laufenden Fernsehkameras führende Repräsentanten der oppositionellen United Buddhist Church of Vietnam (UBCV) zu einem freundschaftlichen Gespräch empfangen. Als aber deren Bemühungen um eine Neuorganisation der UBCV bekannt wurden, führte dies im Oktober zu ihrer erneuten Inhaftierung bzw. Verbannung in Klöster, die von regierungstreuen Mönchen kontrolliert werden.<sup>190</sup> Offensichtlich vermag die vietnamesische Führungsspitze in ihrer Mehrheit noch nicht einzusehen, daß ihr Anspruch auf das politische Führungsmonopol im Zuge der Reformpolitik mehr und mehr erodiert und daß jene rigorosen Maßnahmen, die zu dessen Verteidigung eingesetzt werden, auf nationaler wie internationaler Ebene einen höchst kontraproduktiven Effekt haben.

**187** So reagierte der Generalsekretär der KPV, Nong Duc Manh, auf friedliche Protestanten vor seinem Amtssitz mit den Worten: »Unsere Demokratie ist in vielen Fällen zu exzessiv« (zit. in: *The Economist*, 25.5.2002, S. 59).

**188** Vgl. *The Economist*, 30.8.2003, S. 42.

**189** Vgl. FEER, 5.12.2002, S. 10, und 17.7.2003, S. 10.

**190** Vgl. Agence France-Presse, 12.10.2003, zit. in: Vietnam News List, <<http://coombs.anu.edu.au/~vern/vnnews-list.html>>, 13.10.2003.

Gerade im Verhältnis zu den USA stellt diese Verschärfung der innenpolitischen Repression eine weitere Belastung der bilateralen Beziehungen dar, die ohnehin durch die Auseinandersetzungen über den Irakkrieg und durch lautstark geführte Handelskonflikte<sup>191</sup> viel von jener Attraktivität verloren haben, die vor zwei Jahren bei der Unterzeichnung des Bilateral Trade Agreement (BTA) noch zu spüren war. Der erste Besuch eines vietnamesischen Verteidigungsministers in Washington und eines amerikanischen Kriegsschiffes in Saigon seit Beendigung des Krieges haben im November 2003 großes Medieninteresse auf sich gezogen. Derartige Besuche sollten aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß Hanoi vorrangig den engen Schulterschuß mit Peking sucht.<sup>192</sup> Durch ein hohes Maß an wirtschaftlicher Kooperation versucht Vietnam am wirtschaftlichen Erfolg des Nachbarlandes zu partizipieren und sich gleichzeitig – vor allem im Bereich höherwertiger Konsumgüter – als Alternative zum Produktionsstandort China zu profilieren.<sup>193</sup> Ungeachtet vieler Übereinstimmungen in internationalen Fragen und offiziellen Freundschaftsbekundungen bleiben jedoch die konfligierenden Gebietsansprüche im Südchinesischen Meer weiterhin ungelöst, auch wenn darüber weniger öffentlich debattiert wird als in der Vergangenheit.

**191** So hatte das US-Handelsministerium am 27. Januar 2003 Importzölle von 64 Prozent auf vietnamesische Catfish-Importe verfügt, da sie zu Dumpingpreisen in die USA importiert würden. Ähnliches droht den vietnamesischen Shrimps-Importen, die nahezu 20 Prozent der vietnamesischen Exporte in die USA ausmachen. Vgl. FEER, 2.2.2003, S. 11, und *Financial Times*, 22.8.2003, Vietnam News List, <<http://coombs.anu.edu.au/~vern/vnnews-list.html>>, 25.8.2003.

**192** Vgl. den Beitrag von Nayan *Chanda* in: *International Herald Tribune*, 11.11.2003, S. 3.

**193** So hat beispielsweise das schwedische Möbelhaus IKEA Vietnam als alternativen Produktionsstandort zur VR China entdeckt und läßt nun qualitativ höherwertige Produkte dort produzieren. Vgl. FEER, 25.9.2003, S. 56–58.

## Kräftegleichgewicht

### Rüstungswettbewerb und nichtmilitärische Risiken

Unter den Asean-Nachbarn gibt es seit den achtziger Jahren einen verdeckten Rüstungswettbewerb, der sich vor dem Hintergrund von Rohstoffinteressen, schwelenden maritimen Grenzkonflikten, Piraterie und Antiterrorismus zunehmend auf die offene See konzentriert. So orderte Malaysia 2002 drei konventionelle U-Boote in Frankreich, die bis 2008 ausgeliefert werden sollen. 12 – ebenfalls französische – Marinehubschrauber wurden 2003 übergeben, 21 weitere in Rußland und Italien bestellt. Kuala Lumpur kaufte darüber hinaus 6 Korvetten in Deutschland. Singapur bezog 2002 ein zweites schwedisches U-Boot und bestellte zwei weitere. Die thailändische Marine hat entsprechende Kontakte mit Israel geknüpft.<sup>194</sup> Ansonsten wird die regionale Rüstungsdynamik vornehmlich von Moskau und Washington angetrieben. Malaysia vereinbarte 2003 den Kauf von 18 russischen Kampfbombern vom Typ Sukhoi Su-30.<sup>195</sup> Indonesien orderte im selben Jahr zwei Su-30, zwei Su-27-Abfangjäger und zwei Mi-35-Kampfhubschrauber.<sup>196</sup> Die militärische Führung möchte 10 weitere Su-27 und 2 Su-30 erwerben.<sup>197</sup> Die USA lieferten ausgemusterte F-16-Bomber an Singapur und Thailand.

Südostasien gehört seit den Indochinakriegen zu den Zentren des illegalen Handels mit Drogen und Handfeuerwaffen.<sup>198</sup> Die im Gefolge der Ostasienkrise zu beobachtende Verarmung weiterer Bevölkerungskreise in Indonesien, den Philippinen und in Birma hat darüber hinaus das Problem illegaler Arbeitsmigration verschärft. Die Anzahl der illegal in Thailand lebenden Arbeitsemigranten aus Birma wird auf eine Million geschätzt.<sup>199</sup> Aus Malaysia wurden allein im zweiten Halbjahr 2002 insgesamt 40 000 Indo-

nesier repatriert, die illegal eingewandert waren.<sup>200</sup> Mit Manila kam es zur selben Zeit zu Spannungen über die Mißhandlung philippinischer Staatsbürger im Rahmen von Deportationen.<sup>201</sup>

Wo Gewalt, wie in der indonesischen Bürgerkriegs-provinz Aceh, zunehmend entstaatlicht wurde, kam es verstärkt zu Drogenhandel, illegaler Waldrodung<sup>202</sup> und der Herausbildung mafiöser Strukturen.<sup>203</sup> Die Verantwortlichen wiederum sind daran interessiert, den Konflikt am Leben zu halten. In jüngster Zeit scheint diese Kombination aus destabilisierenden Faktoren die Region auch zum bevorzugten Rückzugsraum internationaler Terroristen zu machen.

Angesichts politischer Spannungen zwischen einzelnen Nachbarstaaten (etwa zwischen Thailand und Birma in der Drogenfrage oder zwischen Malaysia und den Philippinen als Ergebnis eines historischen Grenzkonflikts) erhält die Bekämpfung solcher Risiken zunehmend an Bedeutung. Bisher gibt es aber nur wenige Ansätze für eine intraregionale Abstimmung.

### Die USA: verstärktes Engagement

Nach der Krise von 1997/98 und der verstärkten Orientierung der Clinton-Administration nach Nordostasien entdeckte die Regierung Bush Südostasien und die Asean neu. Ein wichtiger Grund war die Sorge vor einer Ausweitung des chinesischen Einflusses. Colin Powell traf im Juni 2001 als erster amerikanischer Außenminister gleichzeitig mit allen zehn Asean-Botschaftern in Washington zusammen. Im April 2002 folgte der Handelsbeauftragte Robert Zoellick seinem Beispiel auf einem Treffen mit Asean-Wirtschaftsministern in Bangkok. Zu den Gesprächsthemen zähl-

<sup>194</sup> Vgl. FEER, 15.8.2002, S. 12–14.

<sup>195</sup> Ebd., 29.5.2003, S. 10.

<sup>196</sup> Dieses Geschäft ist innenpolitisch umstritten. Vgl. FEER, 10.7.2003, S. 20–21.

<sup>197</sup> Ebd., 11.9.2003, S. 8.

<sup>198</sup> So bezieht die Bewegung für ein Freies Aceh das Gros ihrer Waffen aus Kambodscha. Ebd., 22.5.2003, S. 20.

<sup>199</sup> Vgl. The Straits Times (Singapur), 15.7.2003, S. 5.

<sup>200</sup> Ebd., 29.8.2002, S. 11. Im August 2003 wurden in Kuala Lumpur Hunderte Flüchtlinge aus Aceh bei dem Versuch verhaftet, das Büro des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen zu betreten. Vgl. Japan Today, 20.8.2003, zit. in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 20.8.2003.

<sup>201</sup> Vgl. FEER, 5.9.2002, S. 11.

<sup>202</sup> So kam es im Herbst 2002 einmal mehr zu grenzüberschreitenden Emissionen durch Brandrodung in Indonesien. Ebd., 3.10.2002, S. 15.

<sup>203</sup> Ebd., 25.7.2002, S. 12–14.

ten unter anderem die Bekämpfung von Aids, der Kampf gegen Drogen und der Schutz geistigen Eigentums.<sup>204</sup> Im Oktober präsentierte Präsident Bush eine »Enterprise for Asean-Initiative« für den Ausbau bilateraler Handelsbeziehungen. Ein Jahr später besuchte er die Philippinen, Thailand, Singapur und Indonesien.

Die Einbeziehung der Region in den Kampf gegen den internationalen Terrorismus hat dieser Kooperation grundsätzlich neue Impulse gegeben, die ihren Ausdruck etwa in einer im August 2002 abgegebenen Gemeinsamen Erklärung fand.<sup>205</sup> Tatsächlich legt Washington den Schwerpunkt in dieser Frage aber auf bilaterale Kooperation und trägt damit zur Entstehung neuer Sollbruchstellen innerhalb der Zehnergemeinschaft bei. So stehen einer umfassenden Zusammenarbeit mit Singapur, den Philippinen und Thailand begrenzte und auch problematische Kontakte mit Kuala Lumpur und Jakarta gegenüber. Im Oktober 2003 lösten die USA bei einigen Teilnehmern Irritationen aus, als sie Antiterrorismus in das Zentrum der Beratungen des Bangkok Apec-Gipfels rückten.<sup>206</sup>

Darüber hinaus halten Bemühungen um eine verstärkte amerikanische Militärpräsenz in der Region an. Im Pentagon werden bereits Pläne geprüft, Marines von Okinawa nach Australien zu verlegen und Bodentruppen in den Philippinen zu stationieren.<sup>207</sup> An den alljährlich in Thailand durchgeführten »Cobra Gold«-Manövern nehmen mittlerweile neben amerikanischen und thailändischen Truppen auch Einheiten aus den Philippinen und Singapur teil. Vietnams Verteidigungsminister Pham Van Tra erwiderte zwar im November 2003 den bereits drei Jahre zurückliegenden Besuch seines amerikanischen Amtskollegen, aber schon im Vorfeld des Besuchs wurde betont, daß seine Gespräche allein dem Meinungsaustausch dienen würden. Fragen der militärischen Kooperation stünden nicht auf der Tagesordnung.<sup>208</sup>

204 Ebd., 11.7.2002, S. 8.

205 Im Mittelpunkt standen der Austausch nachrichtendienstlicher Erkenntnisse und Maßnahmen zur Austrocknung terroristischer Finanzquellen. Vgl. United States of America–Asean Joint Declaration for Cooperation to Combat International Terrorism, Washington, D.C.: Department of State, 1.8.2002.

206 Vgl. FEER, 30.10.2003, S. 16–17.

207 Vgl. Ralph A. *Cossa*, Force Restructuring Anxiety, in: PacNet, 3.6.2003.

208 Vgl. Financial Times Information, 21.10.2003, zit. in: BBC, MGNAPPF, 22.10.2003.

Im März 2002 fielen die Reaktionen der Regionalstaaten auf den Einmarsch amerikanischer und britischer Truppen in den Irak erwartungsgemäß unterschiedlich aus. Während Singapur und die Philippinen<sup>209</sup> den schnellen Sieg der Koalitionstruppen begrüßten, kritisierte der malaysische Premierminister Mahathir die USA wegen »totaler Respektlosigkeit« gegenüber den Vereinten Nationen und rief seine Landsleute zu Protestaktionen auf<sup>210</sup> (Mahathirs designierter Nachfolger Abdullah Badawi griff diese Kritik wenig später auf<sup>211</sup>). Kuala Lumpur und Jakarta lehnten es ab, irakische Diplomaten des Landes zu verweisen. Thailand, das sich lange Zeit gegen eine militärische Intervention in den Irak ausgesprochen hatte, nahm im Sommer 2003 eine Kehrtwende um 180 Grad vor und hat inzwischen ein über 400 Mann starkes Kontingent aus Sanitäts- und Pioniersoldaten in den Irak entsandt.<sup>212</sup> Umgekehrt unterstützten die USA das thailändische Militär bei seinen Operationen gegen die Wa-Miliz in Birma, die Drogen produziert und exportiert.

## Australien, Rußland, Indien, Europäische Union

**Australien** hat sich seit der regionalen Krise und dem Sturz Suhartos militärisch wieder deutlicher Richtung Washington<sup>213</sup> und wirtschaftspolitisch mehr nach China orientiert. Die von der Labour-Regierung Keating (1991–1996) initiierte Politik einer Hinwendung nach Südostasien wurde unter dessen konservativem Nachfolger John Howard aufgegeben. Ein besonderes Problem in diesem Zusammenhang ist der große Nachbar Indonesien, der australischen Politikern

209 2003 entsandte Manila 350 Soldaten und Singapur 30 Polizisten in den Irak. Singapur kommandierte zudem ein Kriegsschiff und ein Transportflugzeug ab und kündigte zu Jahresende die Entsendung von 130 Soldaten an. Vgl. The Straits Times, 3.12.2003, zit. in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 3.12.2003.

210 Vgl. FEER, 10.4.2003, S. 8.

211 Ebd., 3.7.2003, S. 12–16.

212 The Nation (Bangkok), 7.9.2003, S. 3.

213 Die Verteidigungszusammenarbeit mit den USA wurde ausgebaut. 2003 entschied sich Australien für eine Beteiligung am regionalen Raketenabwehrprogramm der Bush-Administration. Vgl. Associated Press, 4.12.2003, zit. in: Napsnet Daily Report, 4.12.2003. Das indonesische Außenministerium kritisierte diesen Plan als Beitrag zu mehr regionaler Ungewißheit. Vgl. Agence France-Presse, 5.12.2003, zit. in: Napsnet Daily Report, 5.12.2003.



weiterhin als Risikofaktor gilt. Dort provozierte Howard ebenso wie in Malaysia, Thailand und den Philippinen im Dezember 2002 Proteste, als er im Kampf gegen Terroristen auch Präventivschläge in Nachbarstaaten nicht ausschließen mochte.<sup>214</sup> Canberra ist den Nachbarn in der Rolle des »Hilfsheriffs« der USA seit der Osttimorkrise von 1999 suspekt, eine Perception, die sich mit der australischen Intervention im Irak an der Seite Washingtons verstärkt hat.<sup>215</sup> Ungeachtet dessen vereinbarten Australien, Neuseeland und Indonesien 2003 gemeinsame Antiterror-Aktivitäten.<sup>216</sup> Canberra hat ähnliche Abkommen mit den Philippinen und Thailand geschlossen. Im Rahmen der sogenannten Five Power Defence Arrangements (FPDA), dem einzigen multilateralen Verteidigungsmechanismus in Südostasien, wurden entsprechende Initiativen mit Großbritannien, Neuseeland, Malaysia und Singapur eingeleitet.<sup>217</sup>

Nach Aufgabe seiner Militärbasis in Vietnams Cam Ranh Bay, die seit etlichen Jahren ohnehin nur noch symbolische Bedeutung hatte, bemüht sich **Rußland** auf politischer und wirtschaftlicher Ebene um stärkere Präsenz in Südostasien. Als langjähriger Bundesgenosse stellt Vietnam immer noch das wichtigste, aber längst nicht mehr das einzige Bindeglied zu Südostasien dar. Im Anschluß an den Apec-Gipfel in Bangkok stattete Präsident Putin Thailand und Malaysia einen Staatsbesuch ab. Mit der Unterzeichnung eines Abkommens über die Regelung der noch aus sowjetischer Zeit stammenden Altschulden wurde eines der wenigen noch verbliebenen Probleme aus dem Weg geräumt, das die politischen Beziehungen zu Bangkok belastet hatte.<sup>218</sup> Der angestrebten Ausweitung der wirtschaftlichen Beziehungen steht indes das sehr begrenzte Angebot russischer Exportgüter entgegen.<sup>219</sup> Nur im Bereich der Rüstung ist Rußland

in der Lage, sich neue Märkte in Südostasien zu erschließen. So konnte der Flugzeughersteller Sukhoi mit Malaysia und Indonesien die Lieferung von Kampfflugzeugen im Wert von 1 Mrd. US-Dollar vereinbaren.<sup>220</sup> Bislang gescheitert ist dagegen der Versuch, auch bei zivilen Großprojekten technische und organisatorische Kompetenz unter Beweis zu stellen. Rußlands spektakulärstes Investitionsprojekt in Südostasien, der Bau der ersten Erdölraffinerie Vietnams, wurde nach zahlreichen Auseinandersetzungen wieder in vietnamesische Hände gelegt; russische Firmen sind nur noch als Subunternehmer tätig.<sup>221</sup>

**Indien** hat sein in den neunziger Jahren begonnenes Werben um Südostasien fortgesetzt und im November 2002 ein Rahmenabkommen für die Errichtung einer Freihandelszone mit der Asean binnen zehn Jahren unterzeichnet. Der bilaterale Handel erreicht mit einem Volumen von ca. 10 Milliarden US-Dollar bisher nur ein Viertel des Asean-Chinahandels, ist aber in dem Maße ausbaufähig, in dem die indische Wirtschaft zum zweiten internen Wachstumsmotor der Region Fernost wird. Im Oktober 2003 trat Delhi – wie auch China (siehe unten, S. 36) – dem Asean-Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit von 1976 bei und erklärte damit einen regionalen Gewaltverzicht.

Die Beziehungen zwischen der Asean und der **Europäischen Union** sind seit 1997 durch die Aufnahme Birmas in die Asean belastet. Brüssel hat zwar seinen Widerstand gegen die Teilnahme des birmanischen Außenministers an den Asem-Treffen (Asia-Europe Meetings) aufgegeben, aber im Frühjahr 2003 eine Verschärfung seiner Sanktionsmaßnahmen für den Herbst angedroht, falls die Regierung in Rangun sich weiterhin weigere, substantielle Gespräche mit der Opposition aufzunehmen. Nach der erneuten Inhaftierung von Aung San Suu Kyi am 30. Mai 2003 wurden diese Maßnahmen sofort in Kraft gesetzt, während die Asean trotz empfindlicher Rückschläge an ihrer Politik des »Konstruktiven Engagements« festhält. Angesichts der rapide gewachsenen Attraktivität des chinesischen Marktes hat Südostasien für viele Unternehmen in der EU an Bedeutung verloren. Das Anziehen der amerikanischen Konjunktur hat andererseits auch viele Unternehmen in Südostasien motiviert, sich wieder stärker dem amerikanischen Markt zuzu-

214 Vgl. FEER, 12.12.2002, S. 12.

215 Die australische Regierung wurde von der indonesischen Präsidentin Megawati öffentlich für ihre Beteiligung an dem Einmarsch gerügt. Ebd., 27.3.2003, S. 10–11.

216 Vgl. Bernama (Kuala Lumpur), 10.3.2003, zit. in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 10.3.2003. Darüber hinaus verständigten sich Canberra und Jakarta im August 2003 grundsätzlich darauf, ihre 1999 unterbrochenen gemeinsamen Militärmanöver wieder aufzunehmen. Vgl. The Age (Melbourne), 1.8.2003, zit. ebd., 31.7.2003.

217 Vgl. Reuters, 28.4.2003, zit. ebd., 28.4.2003.

218 ITAR-TASS News Agency (Moskau), 21.10.2003, zit. in: BBC, MGNAPPEF, 22.10.2003.

219 Selbst der Handel mit Vietnam erreichte nach einer Steigerung um 22 Prozent im Jahr 2002 nur ein Volumen von 700 Mio. US-Dollar; Voice of Vietnam, 9.1.2003, zit. in: BBC,

MGNAPPEF, 11.1.2003.

220 Asian Defence Journal, Oktober 2003, S. 40.

221 Vgl. Voice of Vietnam, 9.1.2003, zit. in: BBC, MGNAPPEF, 11.1.2003.

wenden. Im April 2003 hatten Vertreter der Asean und der EU vereinbart, Handelsbarrieren zu identifizieren und ab 2004 umfassend abzubauen.<sup>222</sup> Abhängig von der Umsetzung der Vereinbarung und der Implementierung des Abkommens über die Errichtung einer Asean-Freihandelszone (siehe unten, S. 36) könnten die beiden Gemeinschaften mittelfristig Freihandelsverhandlungen aufnehmen.<sup>223</sup>

**222** Vgl. FEER, 17.4.2003, S. 11.

**223** Vgl. Launch of EU–Asean Trade Initiative, in: Singapore Highlights, Brüssel: Botschaft der Republik Singapur, Juli 2003.

# Kooperation

## Asean

Das internationale Gewicht der Asean hat seit ihrer Mitwirkung an der Lösung des kambodschanen Konflikts Ende der achtziger Jahre stetig abgenommen. Zum einen büßte die Gemeinschaft nach der Krise von 1997/98, der Lähmung des »internen Förderators« Indonesien und dem ökonomischen Aufstieg Chinas wirtschaftliche Attraktivität ein. Zum anderen schädete die Erweiterung um Vietnam, Laos, Birma und Kambodscha Mitte der neunziger Jahre den gleichzeitigen Bemühungen um eine Vertiefung der Kooperation mehr, als sie ihnen nutzte. Schließlich konnten intraregionale Probleme nach dem Wegfall des Kalten Krieges nicht mehr so mühelos unter den Teppich gekehrt werden wie zuvor. Dies zeigt sich besonders an dem birmanischen Menschenrechtsproblem. Und wenn sich Malaysia und Indonesien mit einem Territorialdisput an den Internationalen Gerichtshof wenden mußten,<sup>224</sup> obwohl der Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit in Südostasien von 1976 für solche Fälle regionale Schlichtungsmechanismen bereithält, ist das ein weiterer Beleg für mangelndes gegenseitiges Vertrauen der Mitgliedstaaten.

Thailands Ministerpräsident Thaksin, der sich in seinem ersten Amtsjahr vorrangig mit innenpolitischen Themen befaßt hatte, scheint in den darauffolgenden Jahren jene Positionen zu übernehmen, die innerhalb der Asean durch die anhaltende Schwäche Indonesiens und den Rücktritt des malaysischen Ministerpräsidenten Mahathir vakant geworden sind. Gestützt auf sein gutes Verhältnis zu Peking und Washington hat er einige internationale Initiativen wie zum Beispiel den »Dialog über Zusammenarbeit in Asien« gestartet.<sup>225</sup> Auch im Konflikt in und um Birma war Thailand bestrebt, sich durch die Vorlage einer eigenen »road map« sowie als Gastgeber einer internationalen Konferenz über die von Rangun vorgelegte »road map«<sup>226</sup> als regionale Führungsmacht zu profilieren.

<sup>224</sup> Im Dezember 2002 sprach der Haager Gerichtshof die Inseln Sipadan und Ligitan nördlich von Borneo Malaysia zu.

<sup>225</sup> Vgl. FEER, 25.9.2003, S. 29.

<sup>226</sup> Vgl. The Nation (Bangkok), 15.12.2003, zit. in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 15.12.2003.

Eine positive Ausnahme von der sonst üblichen Nichteinmischungspolitik war ein Ad-hoc-Gipfeltreffen zum Thema SARS in Bangkok im April 2003, bei dem ein weitreichender Informationsaustausch und gemeinsame Verfahren für den grenzüberschreitenden Personenverkehr vereinbart wurden.<sup>227</sup> Im Falle Birmas hatten die Asean-Außenminister auf ihrer Konferenz im Juni die Forderung nach sofortiger Freilassung von Aung San Suu Kyi in ihr Abschlußkommuniqué aufgenommen. Doch in den darauffolgenden Monaten kehrte man wieder zu den in der Asean üblichen Kommunikationsformen zurück und enthielt sich jeder öffentlichen Kritik an der birmanischen Regierung.

Die heutigen Probleme der Asean sind wesentlich darin begründet, daß sie 1967 vor dem Hintergrund des Zweiten Indochinakriegs als (nicht erklärte) Sicherheitsgemeinschaft autoritärer Eliten entstanden war, als solche von amerikanischem Schutz und japanischen Investitionen profitierte und im Interesse der Sicherung solcher Vorteile auf eine Austragung latenter, zwischenstaatlicher Konflikte verzichtete. Der Anreiz für diesen Verzicht ist deutlich gemindert, seit in der Region keine internationalen Konflikte mehr ausgetragen werden, Demokratisierung Fortschritte macht, japanische Investitionen rückläufig sind und die Mitgliedstaaten zusehends untereinander und mit China um internationale Marktsegmente konkurrieren. Die provisorische Antwort der Gemeinschaft auf dieses Dilemma besteht in sicherheitspolitischen und wirtschaftspolitischen Regionalismusprojekten unter Einbeziehung der großen, nordostasiatischen Partner China, Japan und Südkorea. Während eine solche Kooperation aufgrund der weitreichenden Komplementarität beider Regionen grundsätzlich Sinn macht, ist mehr als zweifelhaft, ob die Asean angesichts ihres schwindenden Zusammenhalts innerhalb des größeren Rahmens ihre Identität, geschweige denn ihre Katalysatorfunktion bewahren kann.

Das wichtigste Projekt einer Vertiefung der Kooperation innerhalb der Gemeinschaft ist eine 2002 proklamierte Asean-Freihandelszone (Asean Free Trade Area, Afta). Demnach sollten die alten Mitgliedstaaten

<sup>227</sup> Vgl. FEER, 8.5.2003, S. 14–17.

Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien, Brunei und die Philippinen bis 2003 60 Prozent aller gegenseitig erhobenen Zölle auf ein Niveau von 0 bis 5 Prozent absenken. Tatsächlich haben die Philippinen bisher nur 3,7 Prozent und hat Thailand nur 4,2 Prozent seiner Zölle gesenkt. Einige Staaten haben ihre Verpflichtungen in bestimmten Sektoren wieder rückgängig gemacht.<sup>228</sup> Probleme mit unsichtbaren Handelshemmnissen bestehen fort.<sup>229</sup>

Der Intra-Asean-Handel umfaßt weniger als ein Fünftel aller Exporte der Teilnehmerstaaten, aber ein gemeinsamer Markt könnte dazu beitragen, daß abgewanderte ausländische Investoren zurückkehren. Das von Singapur und Thailand propagierte Projekt der Gründung einer Asean-Wirtschaftsgemeinschaft bis zum Jahr 2020 wurde vom Gipfel von Bali im Oktober 2003 in eine »Zweite Erklärung über die Asean-Einheit«<sup>230</sup> aufgenommen, die im übrigen auch die Schaffung einer Sicherheitsgemeinschaft und einer sozialen und kulturellen Gemeinschaft vorsieht. Die dort niedergelegten Vorstellungen gehen allerdings nur wenig über das Afta-Konzept hinaus und werden durch eine wiederholte Betonung des Nicht-einmischungs- und Konsensprinzips relativiert.<sup>231</sup>

Die erste Initiative der Gemeinschaft, sich über die Region Südostasien hinaus zu engagieren, begann Anfang der neunziger Jahre auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik. Auch hier war der Versuch, die Begleiterscheinungen des chinesischen Aufstiegs regional abzufedern, durchaus sinnvoll. In der Praxis mußte die Einbindung der Volksrepublik China mit einem Verzicht auf Mehrheitsentscheide und einklagbare Regeln erkauft werden, der das Projekt mittlerweile ähnlich lähmt wie die Asean selbst. So verzichtet das gesamt-pazifische Asean Regional Forum (ARF) auf eine offizielle Befassung mit den Brennpunkten Taiwan und Südchinesisches Meer, ist mit dem Koreaproblem überfordert und macht in bezug auf den Kampf gegen den Terrorismus keine bessere Figur. Das ist nicht weiter verwunderlich, weil das Forum seit seiner Gründung in eine eher proaktive »westliche« und eine konsensuale ostasiatische Fraktion gespalten ist<sup>232</sup> und

weil Washington und Canberra im Antiterror-Kampf eher auf Präventivschläge setzen als auf Multilateralismus. Ein Reflex auf diese Tendenzen ist die abnehmende Bereitschaft der Mitgliedstaaten, jährlich im Rahmen vertrauensbildender Maßnahmen nationale Beurteilungen der Sicherheitslage vorzulegen.<sup>233</sup>

Sollte die Gemeinschaft darauf gesetzt haben, zentrifugalen Tendenzen mit Hilfe gemeinsamer Antiterrorismus-Aktivitäten entgegenwirken zu können, so haben sich auch diese Vorstellungen als illusionär erwiesen. Zwar gibt es mittlerweile innerhalb der Asean bi-, tri- und quadrilaterale Programme zum Beispiel zur Verbesserung des nachrichtendienstlichen Informationsaustauschs, gemeinsamer Bekämpfung der Geldwäsche oder Piraterie. In Kuala Lumpur wurde im Juli 2002 mit amerikanischer Unterstützung ein regionales Antiterrorzentrum gegründet. Gleichzeitig verhindern traditionelles gegenseitiges Mißtrauen und aktuelle Probleme mit Indonesien eine Optimierung dieser Zusammenarbeit. Infolgedessen kooperieren einzelne Mitglieder nun verstärkt mit den USA und tragen so zusätzlich zur Fragmentierung bei.

## Asean+3

In den meisten Mitgliedstaaten von Asean+3 (das sind die zehn Asean-Staaten plus China, Südkorea und Japan) bestehen eine staatszentrische Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, zivilgesellschaftliche Defizite und die Machtstrukturen von Rentier-Eliten. Aus diesem Grunde ist es eher unwahrscheinlich, daß die angestrebte Fortentwicklung zu einer ostasiatischen Wirtschafts- und Sicherheitsgemeinschaft vollzogen wird.<sup>234</sup> Hinzu kommt eine große Disparität in bezug auf Entwicklungsniveau, außen- und sicherheitspolitische Orientierungen sowie politische und ökonomische Systeme. Die bisher erörterten oder eingeleiteten Projekte werden immer stärker von einer neuen chinesisch-japanischen Rivalität getrieben und sind somit wesentlich politisch motiviert. Insofern hatte die »Chiangmai-Initiative« des Jahres 2000, mit der sich

<sup>228</sup> Ebd., 4.9.2003, S. 19.

<sup>229</sup> Ebd., 15.8.2002, S. 22.

<sup>230</sup> Die erste Erklärung war 1976 vom ersten Asean-Gipfel verabschiedet worden.

<sup>231</sup> Vgl. Declaration of Asean Concord II, Jakarta: Asean-Sekretariat, 7.10.2003, <<http://www.9aseansummit.com/detail.php?pid=79&jenis=40>>.

<sup>232</sup> Mitglieder des Forums sind neben den Asean-Staaten Australien, China, Indien, Japan, Kanada, die Mongolei,

Neuseeland, Nordkorea, Papua-Neuguinea, Rußland, Südkorea, die USA und die EU. 2003 verhinderte Indien die Aufnahme Pakistans. Vgl. Dawn (Karachi), 18.6.2003, zit. in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 18.6.2003.

<sup>233</sup> Von 23 Mitgliedstaaten legten 2001 nur 16 und 2002 nur 13 einen solchen Bericht vor. Vgl. FEER, 12.9.2002, S. 11.

<sup>234</sup> Vgl. Mark *Beeson*, Asean Plus Three and the Rise of Reactionary Regionalism, in: Contemporary Southeast Asia, 25 (August 2003) 2, S. 251–268.

die Teilnehmerstaaten im Falle neuer Finanzkrisen zu gegenseitigen Devisenhilfen verpflichteten, bisher wenig praktische Relevanz, und Verhandlungen über bilaterale<sup>235</sup> oder sektorale Freihandelsabkommen beleuchten die anhaltende Unfähigkeit der Akteure, gemeinsam zu handeln.

Es ist folglich keine Überraschung, wenn das neue Format der Gemeinschaft noch keinen institutionellen Rahmen gefunden hat. So nahmen die Asean-Außenminister auf ihrem Treffen im Juli 2002 das malaysische Angebot, in Kuala Lumpur ein besonderes Asean+3-Sekretariat zu installieren, nur zur Kenntnis (das Asean-Sekretariat ist in Jakarta angesiedelt).<sup>236</sup>

Anders als Washington hat die Volksrepublik **China** ihre Beziehungen zur Asean auch während der schwierigen Jahre zwischen 1997 und 2000 gepflegt und ausgebaut. War Peking in der ersten Hälfte der neunziger Jahre beinahe geräuschlos zur wirtschaftlichen und militärischen Vormacht in Kambodscha und Birma geworden, so ist man seither bemüht, der Gesamtregion kooperative Angebote zu machen und damit amerikanischen und japanischen Einfluß zu beschneiden. 2002 unterzeichnete China mit Thailand und Malaysia Devisentausch-Abkommen für den Fall einer neuen Finanzkrise. Im selben Jahr vereinbarten die Volksrepublik und ihre Asean-Partner auf einem Gipfeltreffen in Phnom Penh Verhandlungen über die Gründung einer gemeinsamen Freihandelszone im Jahr 2010.<sup>237</sup> Die Haltung der südostasiatischen Partner zu diesem Projekt schwankt zwischen Skepsis (Indonesien, Malaysia, Philippinen) und Enthusiasmus (Singapur, Thailand).<sup>238</sup> Der Handel zwischen den Asean-Staaten und China hat zwar seit 2001 spektakulär zugenommen, aber sein Volumen entspricht weiterhin nur etwa der Hälfte des Handels zwischen der Gemeinschaft und den USA, die wichtigster Absatzmarkt bleiben.

**235** Singapur hat 2002 bilateralen Freihandel mit Australien und Neuseeland vereinbart und 2003 diesbezüglich Abkommen mit den USA und Japan geschlossen. Thailand, Malaysia und die Philippinen streben entsprechende Vereinbarungen an. Japan hat Verhandlungen mit Malaysia und Sondierungen mit Thailand und den Philippinen aufgenommen.

**236** Vgl. FEER, 15.8.2002, S. 8.

**237** Noch während der Verhandlungen sollen die Asean-Staaten mit Ausnahme der Philippinen einen privilegierten Zugang zum chinesischen Markt erhalten. Ebd., 17.7.2003, S. 28–30.

**238** Die Regierungen in Jakarta, Kuala Lumpur und Manila befürchten, Spielball in einem politischen Wettbewerb der Konkurrenten China und Japan zu werden. Ebd., 31.10.2002, S. 34–35.

Im Mai 2003 reiste der neue chinesische Premierminister Wen Jiabao zu Gesprächen mit der Asean über die Lungenkrankheit SARS nach Bangkok. Peking hatte die Regionalstaaten zuvor mit mangelnden oder widersprüchlichen Angaben irritiert, der Sondergipfel sollte verlorengegangenes Vertrauen neu etablieren. Dabei mochte sich die Volksrepublik allerdings nicht auf eine umfassende Koordinierung der Maßnahmen festlegen, und ihr Beitrag zu einem eigens gegründeten SARS-Fonds blieb mit 1,2 Millionen US-Dollar eher symbolisch.<sup>239</sup>

Der Dialog konzentriert sich seither wieder auf die Chancen und Risiken, die mit Chinas unterstelltem Aufstieg einhergehen. Im Oktober 2003 schlossen Peking und die Gemeinschaft eine nichtmilitärische »strategische Partnerschaft«. Gleichzeitig unterzeichnete die Volksrepublik den Asean-Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit.<sup>240</sup>

In der Frage seiner Territorialansprüche im Südchinesischen Meer konnte China weitere Erfolge verbuchen. Verhandlungen mit den Asean-Staaten über einen Verhaltenskodex führten im November 2002 nur zu einer Gemeinsamen Erklärung über generelle Prinzipien. Der Geltungsbereich der Erklärung wurde offengelassen, da Peking es ablehnte, die von Vietnam beanspruchten Paracel-Inseln einzubeziehen. Auch dem philippinischen Wunsch nach einem Verbot der Errichtung neuer Strukturen auf Inseln und Riffen wurde nicht entsprochen.<sup>241</sup> Da die Ansprüche einzelner Mitglieder zum Teil auch untereinander überlappen,<sup>242</sup> hat die Gemeinschaft hier nie zu einer entschlossenen gemeinsamen Haltung gegenüber der Volksrepublik gefunden. Wie zuvor schon Malaysia haben sich seither auch andere Anrainer für bilaterale Kontakte mit Peking ausgesprochen. So nahmen China und die Philippinen im September 2003 Verhandlungen über eine mögliche gemeinsame Erschließung von Rohstoffen in dem von Manila beanspruchten Teil des Spratly-Archipels auf.<sup>243</sup>

**239** Ebd., 8.5.2003, S. 14–17.

**240** Dieser Schritt wird von der Asean offenbar als Alternative zu der von China betriebenen Gründung einer gesamtregionalen Sicherheitskonferenz verstanden.

**241** Vgl. FEER, 14.11.2002, S. 26.

**242** Im Juni 2003 einigten sich Indonesien und Vietnam nach 25jährigen Verhandlungen auf eine gemeinsame See-grenze. Vgl. Australia Radio, 26.6.2003, zit. in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 26.6.2003.

**243** Vgl. Asia Pulse (Manila), 2.9.2003, zit. in: Napsnet Daily Report, 2.9.2003.

**Japan** ist bemüht, mit Chinas regionalen Initiativen Schritt zu halten, stößt dabei aber aufgrund seiner hausgemachten Wirtschaftsprobleme, gelegentlich auch seiner Geschichte, auf Grenzen. So hat der Vorschlag von Premierminister Junichiro Koizumi vom Januar 2002 zur Gründung eines transregionalen Kooperationsraums unter Einfluß Australiens und Neuseelands (»Pazifischer Wirtschaftsblock«) bisher ebensowenig Folgen gezeitigt wie die Gemeinsame Erklärung mit der Asean vom November desselben Jahres über die Begründung »einer Partnerschaft, inklusive Elemente einer möglichen Freihandelszone, binnen der nächsten zehn Jahre«.<sup>244</sup> Haupthindernis für die Umsetzung ist Tokyos mangelnde Bereitschaft, den eigenen Markt für landwirtschaftliche Importe zu öffnen. Japanische Direktinvestitionen in Südostasien sind seit einigen Jahren rückläufig, aber das Kaiserreich bleibt trotz einer 2001 beschlossenen zehnprozentigen Kürzung der wichtigste Entwicklungshilfegeber für die Region.

Auch auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik ist die Kooperation zwischen Japan und den Asean-Staaten unterentwickelt. So versucht Tokyo seit 2000, unter Führung der eigenen Küstenwache eine regionale Einheit zur Bekämpfung der Piraterie in südostasiatischen Gewässern zu schaffen. Der Plan scheitert bisher an (vermutlich von China inspirierten) Bedenken der Regionalstaaten. Hingegen hat Japans Küstenwache wiederholt Manöver mit einzelnen Regionalstaaten abgehalten, so zuletzt mit Indonesien im Oktober 2003. Im November 2003 stellte Tokyo seinen Beitritt zum Asean-Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit in Aussicht.<sup>245</sup> Im Dezember fand erstmals ein Asean-Japan-Gipfel in Tokyo statt.

<sup>244</sup> Vgl. Eric *Teo* Chu Cheow, The Strategic Importance of the Japan-Singapore New Age Economic Partnership Agreement, Singapur, <[http://www.ips.org/Perspective\\_Teo.pdf](http://www.ips.org/Perspective_Teo.pdf)>, Januar 2003. Im Oktober 2003 vereinbarten Japan und die Asean-Staaten, 2005 mit Verhandlungen über eine gemeinsame Freihandelszone zu beginnen. Vgl. The Financial Times, 8.10.2003, zit. in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 8.10.2003.

<sup>245</sup> Vgl. Renmin Ribao (»Vollzeitung«, Peking), 19.11.2003, zit. in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 19.11.2003.

## Der lange Scheideweg

Südostasiens Krise wurde 2003 nicht beendet. Die anhaltenden Wirtschaftsprobleme der Region sind nicht nur global bedingt, sie haben ihre Ursache auch im Fehlen effizienter gemeinsamer Institutionen. Dieser Mangel ist wiederum Folge des Überlebens nicht-demokratischer Strukturen in der Mehrheit der Regionalstaaten. Eine Optimierung der Zusammenarbeit mit Nordostasien scheitert zudem an dem anhaltenden chinesisch-japanischen Wettbewerb um die Führungsrolle.

Gleichzeitig ist das regionale Umfeld weiterhin in dramatischem Wandel begriffen, auf den die Asean aufgrund ihrer institutionellen Defizite nur unzulänglich reagieren kann. Dazu gehören in erster Linie zwei Entwicklungen: Zum einen die Inanspruchnahme der USA durch die Bekämpfung des weltweiten Terrorismus, die Südostasien neue strategische Aufmerksamkeit der Supermacht beschert hat. Zum anderen der wirtschaftliche Aufstieg der Volksrepublik China, der eher eine Reihe bilateraler Beziehungen fördert als das Regionalismusprojekt und zudem das Schwergewicht auf eine militärische und sicherheitspolitische Zusammenarbeit legt, die insbesondere in multiethnischen und multireligiösen Gesellschaften nur schwer zu vermitteln ist. China hat regional vor allem deshalb an Gewicht gewonnen, weil es eine umfassende Kooperation anbietet und sich dabei grundsätzlich nicht in »innere Angelegenheiten« einmischt. Die Zukunft der Volksrepublik bleibt dennoch mit zahlreichen Unwägbarkeiten behaftet. Südostasien wird nicht einfach Pax Americana gegen Pax Sinica eintauschen.

Wie das Birmaproblem zeigt, hängt die künftige Relevanz der Asean als regionaler und internationaler Akteur davon ab, wie schnell und umfassend die Gemeinschaft das Nichteinmischungsgebot – gegebenenfalls auch bei Herausbildung einer »Kern-Asean der Willigen« – nach innen aufgibt. Unterlassen sie diesen Schritt, riskieren die Zehn, zunehmend zu Objekten der regionalen Ambitionen Dritter zu werden. Die Debatte über dieses Thema wurde bereits in den Jahren der Ostasienkrise geführt, war seither aber nahezu verstummt, weil notleidende Gesellschaften ihr Heil immer noch oder wieder in vermeintlich »starken« Führern mit mehr oder minder populistischem Appeal und einer ausgeprägten Abneigung

gegen Einmischung von außen suchen. Allerdings sind deren Grenzen unter den Vorzeichen beschleunigter Globalisierung immer deutlicher sichtbar geworden. Wenn heute selbst der »kranke Mann« Indonesien nach einer Aufweichung des traditionellen Asean-Konsensprinzips ruft, dann aus der Erkenntnis heraus, daß nur eine beschleunigte Integration den unvermeidlichen nationalen Souveränitätsverlust auffangen kann.

Deutsche und europäische Politik sollten an einer solchen Entwicklung interessiert sein und sie auch nach Möglichkeit aktiv befördern: durch Demokratisierungshilfen, eine verstärkte Zusammenarbeit mit etablierten Demokratien und – nicht nur in Birma – durch eine konsequente Menschenrechtspolitik. Indonesiens anhaltende Krise ist auch zu großen Teilen auf eine wirtschaftlich motivierte, kritiklose Zusammenarbeit des Westens mit Suharto zurückzuführen.

Für den notwendigen neuen Integrationsschub in Südostasien bleibt angesichts der beschriebenen regionalen Dynamiken eigentlich nicht mehr viel Zeit. Doch das Rentierprinzip ist zum festen Bestandteil der regionalen Demokratien und Nichtdemokratien geworden und kaum von heute auf morgen zu überwinden. Südostasiens Scheideweg wird ein langer sein.

## Abkürzungen

ABC	Australian Broadcasting Corporation
Afta	Asean Free Trade Area
Apec	Asia-Pacific Economic Cooperation
ARF	Asean Regional Forum
Asean	Association of Southeast Asian Nations
Asean+3	Asean-Staaten plus China, Südkorea und Japan
Asem	Asia-Europe Meeting
BBC	British Broadcasting Corporation
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BN	Barisan Nasional (Nationale Front)
BTA	Bilateral Trade Agreement
ETDF	East Timor Defence Force
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FEER	Far Eastern Economic Review
FPDA	Five Powers Defence Agreements
FUNCINPEC	Front Uni pour un Ambodge Indépendant, Neutre et Coopératif
GAM	Gerakan Aceh Merdeka (Bewegung für ein Freies Aceh)
Golkar	Golongan Karya (Funktionale Gruppen)
ILO	International Labour Organization
IMET	International Military Education and Training Programme
IWF	Internationaler Währungsfronds
JI	Jemaah Islamiyah
JPDA	Joint Petroleum Development Area (Timor Gap)
KPV	Kommunistische Partei Vietnams
KVP	Kambodschanische Volkspartei
LRVP	Laotische Revolutionäre Volkspartei
MCA	Malaysian Chinese Association
MGNAPPEF	Monitoring Global Newline Asia Pacific Economic File
MIC	Malaysian Indian Congress
MILF	Moro Islamic Liberation Front
NEP	New Economic Policy
NLD	National League for Democracy
NPA	New People's Army
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OPM	Organisasi Papua Merdeka (Organisation für ein freies Papua)
Pas	Parti Islam se-Malaysia (Partei des malaysischen Islam)
PDI-P	Partai Demokrasi Indonesia Perjuangan (Demokratische Partei Indonesiens für den Kampf)
PKB	Partai Kebangkitan Bangsa (Nationale Erweckungspartei)
SARS	Severe Acute Respiratory Syndrome
UBCV	United Buddhist Church of Vietnam
UMNO	United Malay National Organisation
UN	United Nations
UNO	United Nations Organization
USDA	Union Solidarity and Development Association
WTO	World Trade Organization